

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsstellige Poststelle oder deren Raum 50 Pfg., Veranmietungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 271.

Montag, den 18. November 1918.

25. Jahra.

## Die revolutionäre Gesetzestafel.

Durch ihren Aufruf vom 13. November hat sich die sozialdemokratische Reichsleitung als revolutionäre Zentralgewalt der Deutschen Republik konstituiert. Sie hat neues Recht geschaffen, das für ganz Deutschland mit Einschluß Deutschösterreichs gilt.

Von entscheidender Bedeutung sind der erste und die beiden letzten Sätze ihres von uns abgedruckten Aufrufs. Im ersten Satz spricht sie aus, daß die von ihr erlassenen Anordnungen Gesetzeskraft haben. In den beiden letzten Sätzen sagt sie, daß alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften fortan nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Männer und Frauen zu vollziehen sind, insbesondere auch die Wahlen zu der einzuberufenden konstituierenden Nationalversammlung.

Es ist also gesetzlich festgelegt, daß die reine Demokratie die künftige Staatsform des Deutschen Reiches ist. Die undemokratische russische Sowjetverfassung, die in Deutschland vereinzelt Anhänger hat, ist unzweifelhaft abgelehnt. Die Sowjetverfassung kennt kein geregeltes Wahlverfahren und kein allgemeines Wahlrecht. Sie schließt breite Schichten der Bevölkerung von der Anteilnahme an öffentlich-rechtlichen Leben aus. Sie benachteiligt insbesondere auch die Frauen.

Sachlich hat die neue Reichsleitung allerdings von den deutschen Arbeiter- und Soldatenräten nicht das allermindeste zu befürchten. Sie stehen wohl alle auf sozialdemokratischem Boden. Der einzige von ihnen, der sein Verhältnis zur Reichsleitung äußerlich festgelegt hat, der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin, hat sie ausdrücklich in ihrem Amt bestätigt. Von einem allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte wäre kein anderes Ergebnis zu erwarten, höchstens würde die Neigung zur alten sozialdemokratischen Partei auf ihm noch stärker zum Ausdruck gelangen. Die deutschen Arbeiter und Soldaten sind gute Sozialdemokraten. Infolgedessen wollen sie nicht die Gewalt Herrschaft für sich selbst, die eines Tages doch in Blut und Bürgerkrieg zusammenbrechen müßte, sondern die Freiheit für alle erringen. Wenn sie durch ihre Tat alle in die Freiheit und die politische Gleichberechtigung geben, so werden sie auch die überwältigende Mehrheit des Volkes, die ja aus Arbeitern besteht, auf ihrer Seite haben und sie werden ihre Herrschaft begründen.

nicht auf Gewalt, sondern auf Recht.

Nur die kleine Spartakusgruppe will das nicht einsehen. Sie glaubt die deutsche Revolution gemacht zu haben und nimmt darum in ihrer unbegreiflichen Verblendung die Herrschaft über das Deutsche Reich für sich in Anspruch. Unwillkürlich erinnert man sich an eine Szene von Brecht-Litwost. Man sprach von einem Rechtsfrieden. Da schlug der General Hoffmann auf den Tisch und schrie: „Wir sind die Sieger!“ Die Sieger von gestern sind die Geblagerten von heute. Die Spartakusgruppe möchte es aber an den inneren Auseinandersetzungen zwischen Deutschen gegen ein so machen wie der General Hoffmann. Sie erklärt sich für den Sieger, obwohl sie kaum einen winzigen Bruchteil des Volkes hinter sich hat, und möchte mit ein paar Maschinengewehren Deutschland regieren. Die mit Gesetzestafel erlassenen Bestimmungen der neuen Regierung sagen, daß jeder Mann das Recht auf freie Meinungsäußerung hat. Sie betonen auch, daß niemand das Recht hat, die durch die Revolution geschaffene Ordnung mit Gewalt durch eine andere zu ersetzen.

Der blödsinnige Putz, der in Wien vor dem Parlamentsgebäude von ein paar hundert Leuten verübt worden ist, wird hoffentlich nirgends sonst in Deutschland Nachahmung finden. Soeben erst hatte ganz Deutschland mit Jubel die Nachricht vernommen, daß sich Deutschösterreich der Deutschen Republik angeschlossen habe. Da kam diese betäubende Nachricht. Jeder vernünftige Mensch muß einsehen, daß es so einfach nicht geht. Erst kommen fünfshundert mit zwei Maschinengewehren und proklamieren ihre Herrschaft. Dann kommen Tausend mit vier, fünfhundert mit acht Maschinengewehren usw. Schließlich geht alles zugrunde.

Gegenüber so wahnhaftem Treiben hat die Reichsleitung der Deutschen Republik die Gesetzestafel der Demokratie, der

Freiheit und Gleichheit für alle

aufgerichtet. Zu ihnen wird das arbeitende Volk Deutschlands in unerwäglicher Festigkeit stehen. Ein neues Recht ist geschaffen, und dieses Recht muß Recht bleiben.

Auf Grund der neuen Gesetzesbestimmungen werden zunächst die städtischen Kommunen, bei denen die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten am geringsten sind, ihre neuen Gemeindevvertretungen auf Grund des Volkswahlrechts wählen haben. Dann werden die Staaten und Provinzen. Die konstituierende Versammlung des ganzen deutschen Volkes, gewählt nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht, wird den Frauen den Wahlrecht zu geben.

## Die Waffenstillstandsbedingungen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfeiffer veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ die Fortsetzung des Berichts über die Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskommission mit General Foch. Er gibt eine ausführliche Darstellung der Zugeständnisse, die die deutsche Abordnung erzielt hat. Er weist darauf hin, daß Marschall Foch zunächst jede Verhandlung abgelehnt hatte. Es gelang aber, ihn umzustimmen und zu erreichen, daß Verhandlungen stattfinden in nicht offizieller Form. Diese vertraulichen Verhandlungen wurden sofort aufgenommen. Die Grundlage bildete der von der deutschen Delegation ausgearbeitete Gegenvorschlag, der auf sämtliche Punkte einging. Nachdem Foch das Schriftstück erhalten hatte, wurde es in weiteren vertraulichen Besprechungen ausgiebig erörtert, wobei der Marschall auf sämtliche Gegenvorschläge ausführlich einging und antwortete. Unter den Zugeständnissen sind folgende hervorzuheben: Einen wichtigen Erfolg erzielte die Waffenstillstandskommission in der Esslocher Frage. Entgegen den ursprünglichen Vorschlägen von Foch setzte sie durch, daß Elsaß-Lothringen nicht als „Pays envahi“ bezeichnet wurde, also als besetztes Gebiet. Das hätte, nachdem die deutsche Regierung Wilsons Friedensbedingungen angenommen hatte, widerspruchslöse Abtretung von Elsaß-Lothringen bedeutet. Ein Gegenvorschlag über Elsaß-Lothringen blieb der Entente für die Friedensverhandlungen vorbehalten. Als Präjudiz hat hierbei zu gelten, daß Wilson ausgesprochen hat, es solle Unrecht gutgemacht werden. Der Friedensvertrag muß jesschaffen, was Unrecht ist und die Form, in der es gutgemacht werden soll. In diesem Zusammenhang hat die deutsche Delegation eine Protestklärung eingebracht, in der ausdrücklich gefordert wurde, daß die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes gewahrt werden müsse. Ferner wurde das Zugeständnis erreicht, daß die Nichterhaltung der Räumungsfrist kein Grund zur Kündigung des Waffenstillstandes sein soll. Die Forderung der rechtsrheinischen Brückenköpfe konnte nicht befriedigt werden. Die Franzosen beriefen sich immer wieder auf die Depesche, die im Jahre 1914 der deutsche Botschafter in Paris erhalten hatte, daß er für den Fall der Neutralität Frankreichs die Besetzung von Toul-Epinal-Verdun usw. verlangen müsse. Bezüglich Ostafrikas schlug die Entente glatte Kapitulation der deutschen Truppen in Ostafrika vor. Das bedeutete eine Kränkung deutschen Mutes und deutscher Opferfreudigkeit, eine Herabminderung des Wertes von Heldentaten, wie sie die Weltgeschichte nie gesehen hat. Die deutsche Abordnung hat diese entwürdigenden Bedingungen abgemandt und erhielt ehrenvollen Abzug der Streitkräfte zugesichert. Bis zur Ankunft deutscher Schiffe in Sanfibar sollen die dortigen Truppen mit Lebensmitteln versorgt und dann in die Heimat übergeführt werden. Endlich bleibt es Deutschland vorbehalten, seine Kriegsschäden anzumelden. Im weiteren Verlaufe der Erörterungen fiel das Wort, das verdient, aus der Zeitgeschichte herausgehoben und zu einem dauernden gemacht zu werden: „Während des Verhandlung kommt Bernunft, während des Diktats der Haß.“

Die aufzuliefernden deutschen Kriegsschiffe.

Reuter meldet: Der deutsche Kreuzer „Königsberg“, unter Befehl des Admirals Meirek, mit einer aus drei Marineoffizieren und vier Mitgliedern des Matrosen- und Soldatenrats bestehenden Kommission an Bord wird am 16. November, abends um Tresspunkt vor Firth of Forth mit einem britischen Oberkommandierenden, der von französischen und amerikanischen Schiffen begleitet sein wird, zusammenkommen, um die Einzelheiten der Auslieferung der U-Boote zu vereinbaren. Wahrscheinlich werden die deutschen Schiffe nach dem vereinbarten Ort der Zusammenkunft gebracht und nach vorhergehender Inspektion von den Navigationsabteilungen übernommen werden, die sie an den Platz der Bestimmung führen werden. Die zehn aufzuliefernden Schiffe werden wahrscheinlich sein: „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Kaiserin“, „König Albert“, „Markgraf“, „Kronprinz Wilhelm“, „Großer Kurfürst“, „Bayern“, „Friedrich der Große“ und „König“. Außerdem sechs Panzerkreuzer, nämlich: „Derfflinger“, „Seydlitz“, „Von der Tann“, „Seydlitz“, „Moltke“ und noch ein anderer. Unter den aufzuliefernden leichten Kreuzern werden sich „Brummer“ und „Bremse“ befinden. Die seit Beginn des Waffenstillstandes in Schweden internierten deutschen U-Boote müssen den Alliierten übergeben werden. Außerdem wurden Vorkehrungen zur Übernahme aller deutschen Schiffe im Schwarzen Meer getroffen.

Übergabe der ostafrikanischen Truppen.

Reuter meldet aus London, 16. November: Das englische Kriegsministerium teilt mit: Infolge der Waffenstillstandsbedingungen haben die deutschen Streitkräfte in Ostafrika unter General von Lettow-Vorbeck sich am 14. November, morgens, in Sambesi, südlich von Kafama, nördlich von Rhodessen, ergeben.

## Der Rückmarsch.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Haag: Bei Mastricht kamen gestern einige tausend deutsche Soldaten mit roten Fahnen an. Auf gütlichen Zuspruch des deutschen Militärattachés im Haag, der sich sofort zu den Truppen begab, legten sie bei Betreten des holländischen Bodens die Fahne der Internationalen willig ab, um allen Schwierigkeiten mit der niederländischen Regierung vorzubeugen und den nachkommenden Kameraden den Weg durch Holland offen zu halten. Auch die Entwaffnung an der Grenze ging ohne Störung vonstatten; der Heimmarsch durch das niederländische Gebiet kann deshalb jetzt erfolgen. Die Truppen machten einen geordneten Eindruck. Heute werden weitere 11 000 Mann erwartet.

Aus dem Haag: Gestern und vorgestern marschierten 50 000 deutsche Soldaten über die holländische Grenze, um nach Deutschland zurückzukehren. Sie wurden sämtlich entwaffnet. Viele warfen ihre Waffen bereits von der Maas-Brücke ins Wasser.

Das „B. L.“ berichtet aus Rotterdam: Der „Courant“ meldet aus Paris: Die Untersuchungen in Lille und anderen Gegenden Nordfrankreichs haben ergeben, daß deutsche Offiziere sich an Zerstörungen beteiligt haben. Sie werden deshalb vor ein Kriegsgericht gefordert und gegebenenfalls in ihrer Abwesenheit verurteilt werden.

Der „Totalanzeiger“ meldet aus Bochum: Ein aus Belgien zurückgekehrter Postbeamter berichtet, daß Lebensmitteltransporte, die bereits verladen waren und nach der Heimat zur Versorgung der zurückkehrenden Truppen verwandt werden sollten, vor Soldaten angehalten und zu Spottpreisen an die Belgier verkauft wurden. Ganze Speckseiten wurden für 2 Mk., Pferde für 5 Mk., Maschinengewehre mit Munition für 20 Mk. versteigert. Aus den versteigerten Maschinengewehren sollen unsere Soldaten alsdann beschossen worden sein.

Der „Totalanzeiger“ meldet aus Rotterdam: Französische und amerikanische Truppen ergriffen Besitz von den Forts von Metz. Die deutschen Truppen haben jetzt das französische Gebiet geräumt mit Ausnahme einiger kleiner Truppenteile, die in der Gegend von Sivet zurückblieben. Die Soldaten, welche nicht in ihre Land zurückkehren wollten, wurden interniert. Clemenceau und Poincaré sind nach Elsaß-Lothringen abgereist.

Dem Arbeiter- und Soldatenrat Mannheim hat das Auswärtige Amt auf seine Bitte mitgeteilt, daß mit der Entente verhandelt wird, damit der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer ungehindert bleibt.

Rücktransport der deutschen Truppen aus Finnland.

Aus Helsingfors wird gemeldet: General v. d. Goltz erklärte unter Vorbehalt des Reichsverweisers dem verammelten Senat, daß er, um eine Berührung der deutschen Truppen mit den zu erwartenden Engländern zu verhindern, im Einvernehmen mit dem deutschen Gesandten Maßnahmen für die unmittelbare Rückführung der deutschen Truppen getroffen habe.

Schwierigkeiten beim Rückzug Madajens.

Dem „Neuen Pester Journal“ wird aus Preßburg gemeldet: Im Laufe der Nacht sind Berichte von blutigen Zusammenstößen zwischen litauischen und reichsdeutschen Truppen angelangt. Die Litauern wollten die auf dem Rückzug befindlichen deutschen Soldaten entwaffnen. In Silsinn widersetzten sich die deutschen Soldaten dieser Aufforderung auf das energischste und gingen zum Kampf gegen die Litauern über. Die Zahl der Opfer der blutigen Zusammenstöße ist noch nicht bekannt. Die Litauern haben die Eisenbahnschienen kilometerlang aufgerissen und haben sich bei Preßburg verbarrikadiert. Die Armee Madajens ist daher gezwungen, den Rückzug über Matzegg anzutreten.

Eine Auseinandersetzung zwischen Hindenburg und Foch.

Marschall Foch richtete an die deutsche Oberste Heeresleitung folgendes Telegramm:

„Aus den Auskünften, die der Obersten Heeresleitung der Verbündeten zugehen, geht hervor, daß an verschiedenen Stellen, besonders in Belgien und hier wieder besonders in der Gegend von Brüssel, seitens der deutschen Truppen Gewalttätigkeiten der Bevölkerung gegenüber und Zerstörungen und Plünderungen geschehen, alles Handlungen, die durchaus im Gegensatz zu den Waffenstillstandsbedingungen stehen. Die Oberste Heeresleitung der Verbündeten rechnet damit, daß die deutsche Oberste Heeresleitung ohne Säumen alle Maßnahmen ergreifen wird, um diesen Verletzungen des unterzeichneten Abkommens Einhalt zu tun. Wenn diese Handlungen nicht in ganz kurzer Zeit aufhören, würde sich die Oberste Heeresleitung der Verbündeten verpflichtet sehen, Anordnungen zu treffen, um diesem ein Ende zu machen.“

Foch.

Die deutsche Oberste Heeresleitung erwiderte darauf:

„Die deutschen Bevollmächtigten betonten bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder aufs eindringlichste, daß die Ausführung der unerhörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Auslieferungen unausbleiblich zur Folge haben werde. Die Schuld für diese Auslieferungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. Gegen die zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß eine Weiterverfolgung der bisherigen Methoden seitens der alliierten Heeresleitung ihre wirksamen Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für den Schutz und die Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich macht. Sie regt erneut an, daß der von allen Völkern ersehnte Waffenstillstand in dem Geiste durchgeführt wird, der die



Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht aus-  
schließt. Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeres-  
leitung, daß es sich nach den ihr gewordenen Nachrichten meistens  
um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohlhabenden  
Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

## Die Nationalversammlung.

Der vom Reichsamt des Innern dessen Leitung dem  
Eisleraten, Professor Dr. Hugo Preuß übertragen worden  
ist, ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die  
konstituierende Nationalversammlung sieht als Termin  
für die

Aufhebung der Wählerlisten

den 2. Januar 1919,

als Wahltag

den 2. Februar 1919

vor. Der Entwurf ist fertiggestellt und bereits von der  
Reichsregierung durchberaten worden. Es ist nicht unnötig,  
daß diese noch größere Änderungen an ihm vornimmt.  
Das Wahlrecht zu der Nationalversammlung ist in dem  
Programm der Regierung bereits mitgeteilt worden: Alle  
über 20 Jahre alten Reichsbürger beiderlei Geschlechts  
werden das Wahlrecht haben. Die Wahl wird nach dem  
Grundsatz der Verhältniswahl erfolgen. Eine Begünstigung  
des flachen Landes würde dem Grundsatz der Gleichheit  
widersprechen.

Der „Vorwärts“ teilt gestern mit: Der Entwurf des  
Wahlgesetzes für die verfassunggebende Nationalversammlung  
wird noch im Laufe des heutigen Tages fertiggestellt. Der  
Entwurf soll auch gleichzeitig für die Wahlen zur preussischen  
Nationalversammlung Geltung haben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Köln hat ein-  
stimmig erklärt, daß die Organisation des Arbeiter-  
und Soldatenrates nur vorübergehend sein  
kann. Die endgültige innerpolitische Gestaltung Deutschlands  
müsse Sache der Nationalversammlung sein. Jede Diktatur ist  
abzulehnen.

In einer öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag  
abend in den Sophiensälen in Berlin tagte und in der  
Frau Käthe Dunder das Referat hatte, machte der Einberufer  
bemerkenswerte Ausführungen über die Stellungnahme  
der Spartakusgruppe zu der Einberufung  
einer Nationalversammlung. Der Redner erklärte  
sich im Namen seiner politischen Gruppe sehr entschieden da-  
gegen. Für allgemeine Wahlen zu einer Nationalversammlung  
sei das Proletariat noch nicht reif! Man brauche sich nur die  
Wählerlisten der Reichstagswahlen anzusehen, um sich dar-  
über klar zu werden, wer in dieser Nationalversammlung die  
Mehrheit haben würde. Wenn man die Erziehungskassen der  
Revolution sichern wolle, komme man um die Diktatur des  
Proletariats nicht herum. Diese Diktatur müsse während der  
ganzen Uebergangszeit beibehalten werden. Alles andere sei  
Quacksalberei. Mit einem russischen Redner, den sich an-  
scheinend die Einberufer bestellt hatten und der in der Diskussion  
das Wort nahm, hatte man Pech. Der russische Genosse ent-  
puppte sich als ein scharfer Gegner des Bolschewismus.  
Während der Einberufer in seiner Eröffnungsrede und Frau  
Dunder in ihrem Referat den Bolschewismus in den höchsten  
Tönen gefeiert hatten, charakterisierte der Russe den Bolsche-  
wismus als eine — Entgleisung der russischen Revolutionäre.  
Er rief damit natürlich heftigen Widerspruch der Spartakus-  
leute hervor.

## Aufhebung der Wirtschaftssperre gegen Deutschland.

Die „Morning Post“ meldet: Infolge der Demokratisierung  
Deutschlands hat England auf dem Versailler  
Kongress die Aufhebung der Wirtschaftssperre  
gegen Deutschland beantragt. Das eng-  
lische Kabinett wird unmittelbar nach dem Frieden die direk-  
ten Beziehungen mit der neuen deutschen  
Regierung aufnehmen, sofern sie bis dahin in gezei-  
gliche Bahnen geleitet und vom deutschen Volke anerkannt ist.  
Es wäre auch ein Wahnsinn sondergleichen gewesen, wenn  
der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege fortgesetzt werden wäre.

## Schutz der Volksgesundheit.

Männer und Frauen! Soldaten und Matrosen! Das  
höchste Gut des Volkes ist seine Gesundheit. Der Volksges-  
undheit droht schwerste Gefahr, wenn bei der schnellen Demobi-  
lisation Seuchen und sonstige ansteckende Krankheiten aus-  
brechen oder gar sich häufen. Viele ungeheure Gefahr muß ab-  
gewandt werden. Jeder Soldat, bei dem der Ver-  
dacht einer ansteckenden Krankheit besteht,  
soll sofort einen Arzt oder ein Lazarett auf-  
suchen und verbleibe so lange in Behandlung, bis  
der Arzt ihm sagt, daß sein Leiden nicht mehr  
ansteckend ist. Die wichtigsten Maßnahmen der Heeres-  
verwaltung sind auf das peinlichste zu befolgen. Wer verlässt  
ist, jorge für schnelle Entlassung. Ansteckende Krankheiten  
sind besonders: Fleckfieber, Ruhr, Cholera,  
Typhus, Diphtherie und Geschlechtskrank-  
heiten. Wer sich nicht in Behandlung begibt oder das  
Lazarett vorzeitig verlässt, verurteilt sich schwer: 1. an sich  
selbst, weil sein Leiden später schwer oder gar nicht zu heilen  
ist; 2. an seiner Familie und seinen Angehörigen, die mit An-  
steckung schwer bedroht sind; 3. an der Gesundheit des ganzen  
Volkes. Das ist der Rat, den Euch erfahrene, um das Volks-  
wohl besorgte Ärzte geben.

Der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Volkerbuhr, Rich. Müller.

Die Bevollmächtigten des Volksrates.

Gerjon, Wegner.

## Die Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinigungen.

Die großen Arbeitgeberverbände haben, wie schon kurz be-  
richtet, mit den Gewerkschaften folgende Vereinbarung für die  
Uebergangszeit geschlossen:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der  
Arbeitnehmer anerkannt.

2. Eine Bekämpfung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter  
und Arbeitnehmern ist ausgeschlossen.

3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die  
Arbeitervereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fort-  
zuwollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch  
unmittelbar unterstützen.

4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeit-  
nehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Ar-  
beitsstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten.  
Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden  
dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeits-  
aufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt  
werden kann.

5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des  
Arbeitsnachweises.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeit-  
nehmer sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Ge-  
werbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereini-  
gungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hier-  
über sind ohne Verzug aufzunehmen und spätestens zum Ab-  
schluß zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterkraft von mindes-  
tens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuss einzusetzen, der  
diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunter-  
nehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes  
nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsaus-  
schüsse, bezw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der glei-  
chen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit  
wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgelegt. Verdienstfäma-  
lungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen  
nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarung sowie zur Rege-  
lung der zur Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirt-  
schaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Ar-  
beiterschaft, insbesondere der Schwer-Kriegsbeschädigten zu tre-  
fenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeit-  
geber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralschuss  
auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau  
errichtet.

11. Dem Zentralschuss liegt ob, ferner die Entscheidung  
grundgesetzlicher Fragen, so weit sich solche namentlich bei der so-  
zialen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, so-  
wie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgrup-  
pen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für die Ar-  
beitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht  
innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden bei-  
derseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeich-  
nung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher  
Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonat-  
lichen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll ferner auch für das Verhältnis  
zwischen den Arbeitgeber-Verbänden und den Angestelltenverbän-  
den gelten. Sie ist auch von der Reichsregierung mit-  
unterzeichnet und wird amtlich bekannt gegeben. Die Leiter der  
Reichs-, Staats- und Kommunal-Betriebe sind angewiesen, sich  
nach diesem Vertrage zu richten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die großen Vermögen und Einkommen sollen auf  
das Schärfste zur Deckung der Ausgaben herange-  
zogen werden.

Die Volksbeauftragten Ebert und Haase veröffent-  
lichen folgende Bekanntmachung:

Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die  
Reichsleitung:

1. Wir beabsichtigen nicht, eine Beschlagnahme von Bank-  
und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld- und Bank-  
noten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlosse-  
nen Depots vorzunehmen.

2. Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die neunte  
Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig  
zu erklären oder sie in ihrer Rechtsgültigkeit anzulasten.

Die Reichsleitung beabsichtigt jedoch, die großen Vermögen  
und Einkommen auf das Schärfste zur Deckung der Ausgaben  
heranzuziehen.

3. Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche  
der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestell-  
ten, Offiziere und anderen Personen des Soldatenstandes,  
Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen dieser Personen bleiben  
völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Die Befugnisse des Bundesrats.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Verordnung  
über die Ermächtigung des Bundesrates zur Ausübung von  
Verwaltungsbefugnissen.

§ 1. Der Bundesrat wird ermächtigt, die ihm nach den  
Gesetzen und Verordnungen des Reiches zustehenden Verwal-  
tungsbefugnisse auch fernerhin auszuüben.

§ 2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit  
der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. November.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert, Haase. Staatssekretär des Innern i. V.: Dr. Lewald.

Sozialistische Organisation der preussischen Verwaltung.

Das preussische Ministerium des Innern teilt durch Rund-  
schreiben an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten  
mit, daß allen Verwaltungsbehörden Vertreter der Arbeiter-  
Soldaten- und Bauernräte an die Seite zu treten haben. Wo  
die Behörden sich dem fügen, sollen sie in Tätigkeit bleiben.  
An die Arbeiter- und Soldatenräte ergeht dann die Aufforde-  
rung, solche Beamte, die sich der Kontrolle fügen, nicht abzu-  
legen oder in ihrer Tätigkeit zu behindern. Wörtlich heißt es:  
Wir können nur wiederholen, daß durch eine solche Behinderung  
unabsehbarer Schaden für die Gesamtheit, insbesondere für die  
Vollstreckung entstehen kann. In alle örtlichen Arbeiter-  
und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung,  
die von ihrem Amte entlassenen Beamten, die sich der angeord-  
neten Kontrolle nicht widerlegten, sofort die Ausführung ihrer  
Geschäfte wieder zu ermöglichen. Glaubt der Arbeiter-, Sol-  
daten- bezw. Bauernrat dringende Gründe für die Personal-  
veränderung geltend machen zu müssen, so muß er diese dem  
Ministerium des Innern vorbringen. Nur dieses Ministerium  
kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preu-  
sischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von  
den örtlichen Arbeiter-, Soldaten-, bezw. Arbeiter-, Soldaten-  
bezw. Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen  
werden dürfen.

Hindenburg und der Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel veröffentlicht zur  
Liebesbedingung des Hauptquartiers nach Kassel folgende Er-  
klärung:

„Mitbürger und Soldaten! Heute trifft der General-  
feldmarschall v. Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften

des Großen Hauptquartiers in Kassel ein, um von Wilhelmshöhe  
aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg  
gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere.  
Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk  
in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in  
der Größe seiner Pflichtenfüllung uns näher gestanden als  
heute. Seine Person steht unter unserem Schutze! Wir wissen,  
daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Kassels ihm  
nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen  
wird und daß er vor jeder Belästigung sicher ist. Der General-  
feldmarschall trägt Waffe, ebenso die Offiziere und Soldaten  
des Großen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten. — Für  
den Arbeiter- und Soldatenrat: Orzelski.“

Was eine Thronfolge-Anwartschaft wert ist.

Nach langem Sträuben haben endlich auch Herzog Bern-  
hard von Sachsen-Meiningen und der Thronfolger Prinz Ernst  
endgültig abgehandelt. Für die Anwartschaft auf die Thron-  
folge erhielt Prinz Ernst eine Abfindung von 5 Millionen  
Mark. Das Herzogtum wurde zur Volksrepublik und die  
gesamten Domänen zum Staatseigentum erklärt.

Gründung einer republikanisch-demokratischen Partei.

Das „B. L.“ veröffentlicht einen Aufruf zur Gründung  
einer republikanisch-demokratischen Partei, deren nächste Forde-  
rung die Nationalversammlung ist. Unterzeichnet sind u. a.  
Th. Wolff, Otto Preuß, Prof. E. Franke, Gerlach, Dr. Dorn-  
burg, Prof. Liszt u. a. m.

Koburg will nach Bayern.

Dem „B. L.“ wird aus Koburg gemeldet: Alle Land-  
tagsabgeordneten treten für den Anschluß Koburgs an die  
Republik Bayern ein.

Feige bis in den Tod.

Herr v. Tirpitz ist, wie bereits am Sonnabend gemeldet,  
in die Schweiz geflüchtet. Ein anderer Vorkämpfer und Mit-  
begründer der Vaterlandspartei, Professor Dr. Hohe,  
Freiburg i. B. veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

„Die Vaterlandspartei löst sich sachgemäß  
mit Friedensschluß auf. Die Tage ihres Bestehens sind somit  
gezählt. Schon vor drei Wochen hat der Reichsausschuss in  
Berlin beschlossen, die neue Regierung zu unterstützen. . . .  
Es ist nicht zu befürchten, daß die Vaterlandspartei durch Runder-  
gebungen irgendwelcher Art die Aufrechterhaltung der öffent-  
lichen Ordnung stören wird.“

Auch die Vaterlandspartei hat nicht verstanden, rechtzeitig  
einen ehrlichen Tod zu suchen. Sie hat schmählich gelebt und  
ist feige gestorben.

Gründliche Reform des Schulunterrichts.

W. B. Berlin, 16. November. (Amtl.) Das Ministerium  
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung rühtete folgenden Entsch.  
an die Provinzial-Schulkollegien der Regierungen:

1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern  
dazu mißbraucht wurde, Volksverheerung zu betreiben, hat solches  
in Zukunft unbedingt zu unterbleiben und vielmehr einer sach-  
gemäßen, kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Alle ten-  
denziösen, falschen Behauptungen über den Weltkrieg und dessen  
Ursache sind zu vermeiden.

2. Aus den Schulbibliotheken sind alle  
Bücher zu entfernen, die den Krieg an sich verherrlichen.

3. In  
keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder  
entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der  
Revolution, sowie die gegenwärtige Regierung zu äußern, welche  
geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen der Erzun-  
gsklassen dieser Volksbildung herabzuwürdigen.

4. Es hat seitens  
der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu  
unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegen-  
revolution (besonders auf dem flachen Lande) zu schüren, da ein  
solches Vorgehen im jetzigen Augenblicke die größte Gefahr des  
Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt.

5. Bis zum Erlaß  
über die Trennung von Schule und Kirche sind die Kinder von  
Dissidenten und Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht  
im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Er-  
ziehungsberechtigten ohne jeden weiteren Nachweis vom Religions-  
unterricht zu befreien.

Die bayerische Volksregierung über die Sozialisierung  
der Gesellschaft.

In einer Proklamation der bayerischen Volksregierung  
heißt es: Neben den bestehenden Arbeiter-, Soldaten- und  
Bauernräten, die über die Richtung des neuen Staates sowohl  
im Volk wie im Parlament und in der Regierung entscheiden  
müssen, wollen wir der Gesamtheit der Bevölkerung die Mög-  
lichkeit und Gewähr geben, ihre Interessen, soweit sie nicht dem  
Nutzen der Gesamtheit entgegen sind, durchzusetzen. Weiter  
wird erklärt, daß die Zeit zur gründlichen Sozialisierung  
noch nicht gekommen sei, da die pro-  
duktiven Kräfte des Landes nahezu erschöpft  
sind. Auch scheint es unmöglich, in einem einzelnen natio-  
nalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation  
durchzuführen. Erst nach dem Frieden, wenn der einige Völ-  
kerbund der Weltdemokratie sich gebildet habe, werde der ent-  
scheidende Einfluß der proletarischen Internationale in gemein-  
samer Arbeit die Sozialisierung durchführen.

Norwegen.

Das Ergebnis der norwegischen Wahlen. Nach den jetzt vor-  
liegenden Ergebnissen der Stortingwahlen wurden endgültig ge-  
wählt: 52 Linksparteiler (bisher 74), 3 Arbeiterdemokraten (bis-  
her 6), 35 Rechtsparteiler (bisher 31) einschließlich der Freistän-  
gen, 16 Freistänige, 18 Sozialisten (bisher 19), 3 Bauernbündler.  
Demnach wird die Regierung oder die Linkspartei, die sich von  
Arbeiterdemokraten anschließen, im neuen Storting über mindes-  
tens 55 Sitze verfügen, die der oppositionellen Rechtspartei, den  
Freistänigen, sowie voraussichtlich auch den Bauernbündlern zu-  
zurechnen sind, über höchstens 53 Sitze, während die Sozialisten nur  
18 Abgeordnete durchbrachten. Da das Storting im ganzen 126  
Mitglieder hat und demnach 64 Stimmen die absolute Mehrheit  
bilden, hat die Regierungspartei jedenfalls die absolute Mehrheit  
verloren. Sie bleibt aber weiter die stärkste Partei. Bemerkens-  
wert ist, daß von den gewählten Sozialisten der überwiegend  
größere Teil der gemäßigten Richtung angehört, während die meh-  
reren Anhänger der radikalsten Richtung in ihren Kreisen  
unterlegen sind, obwohl die Leitung der sozialdemokratischen Partei  
in den Händen der letztgenannten Richtung liegt.

Frankreich.

„Es lebe die deutsche Republik.“ „Populaire“ meldet:  
In der französischen Kammer rief am 11. November  
ein Sozialist: „Es lebe die deutsche Republik!“ Der  
Ruf wurde von allen Internationalisten aufgenommen und wird,  
wie „Populaire“ hinzulegt, vom ganzen französischen  
Volk und Weltproletariat aufgenommen.



England.

Die englische Arbeiterpartei hat auf ihrer Konferenz mit sehr großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, die Beziehungen zur Koalitionsregierung abbrechen.

Diese Stellungnahme zeigt, daß die englischen Arbeiter nicht mehr gewillt sind, sich wie bisher beiseite drängen zu lassen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten. Montag, 18. November.

Die Arbeiter im Senat.

Am Sonnabend nahmen zum ersten Male die Vertreter der Arbeiterschaft Lübecks, des Genossen Haut, Mehterich und Stelling an der Sitzung des Senates teil.

Ein starker Zustrom zu unserer Partei

Hat besonders seit den revolutionären Ereignissen, wie in anderen Orten, so auch in Lübeck zugenommen.

Aufhebung der fleischlosen Wochen.

Die fleischlosen Wochen werden, wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, in Zukunft im ganzen Reich aufgehoben werden.

Nach einer Mitteilung der Zentral-Einkaufsgesellschaft hat sich die Einfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine, Dänemark und Holland etwas gehoben.

- Eine Versammlung der Bürgerschaft wird sich am Dienstag, den 19. November 1918, mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: 1. Mitteilungen des Senates.

Der erste Schnee in diesem Winter ist heute vormittag gefallen. Die verfloßene Nacht wies bei bewölktem Himmel eine recht niedrige Temperatur auf.

Keine Textilfabrikation. Trotz der dreieinhalbjährigen Blockade sind, wie die Reichsbekleidungsstelle mitteilt, die in Deutschland vorhandenen Textilrohstoffe noch ausreichend.

Die Kriegsschreibstube und Kurlage für deutsche Kriegesgefangene vom Roten Kreuz, Lübeck, Breite-Strasse 27, sieht sich gezwungen, da das Postamt die Annahme von Paketen teilweise verweigert, jetzt ihr Bureau nur vormittags von 11 Uhr bis 11 Uhr geöffnet zu halten.

Der neue Kandidat für 1919 von Erich Dammert und Bernhard Rothballe in Lübeck zu erleben erschienen und zum Preise von 3,50 Mk. in allen Buchhandlungen zu haben.

wb. Gaspartheater. Die tolle Komtesse. Walter Kolos' prächtige Operette, in der vorigen Jahr Cora Rogall allabendlich das Publikum erfreute, steht in neuer Gestaltung und mit neuer Ausstattung wieder auf dem Spielplan.

als Kommerzofe und Herr Baumgarten als Volkskassier... Der Herr Engelmann mit viel Komik darstellte einen Groteskromiker.

Was müßen die Frauen vom Wählen wissen? Der Vortrag über diese brennende Frage findet nicht Dienstag um 7 Uhr statt, wie mündlich ausgesprochen war, sondern um 8 1/2 Uhr.

Stadtheater. In der am 18. November stattfindenden Aufführung von 'Fidelio' singt Frau Ludewigs-Korte die Leonore.

Probung Lübeck. Das Direktorium des ehemaligen Großherzogtums Oldenburg macht bekannt: 1. Das bisherige Großherzogtum Oldenburg ist in den Freistaat Oldenburg umgestaltet worden.

Neumünster. Sozialdemokratischer Stadtverbanden-Wahltag. Bei der Wahl von drei Stadtverordneten für die mit Schluß des Jahres aus dem Stadtparlament ausscheidenden bürgerlichen Vertreter.

Kappeln. Schnelle Justiz. Der Volksgeschworen des Arbeiters und Soldatenrates verurteilte den Gastwirt J. Schwenen wegen Verheimlichung.

Schwerin. Die Wahlen zur medlenburgischen Konstituante sollen voraussichtlich am 15. Dezember d. Js. stattfinden. Die Volksregierung in Medlenburg-Schwerin hat die Gewandlungen für die Wahlen zu dem verfassunggebenden Landtage.

Kostock. Aenderung der Stadtverfassung. In der Bürgervertreterung am Freitag ist vom Rat der Stadt auf Verlangen des Arbeiters- und Soldatenrates folgende Vorlage gemacht worden: Auf Grund des jebens von der Volksregierung bekräftigten Wahlrechts wird eine Konstituante gewählt.

Bremen. Gründung eines bremischen Industriekongresses. Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat ist von den Industrien Bremens und Umgegend ein Industriekongress gegründet worden.

Aus Nah und Fern.

Ein Riesenhammer von Gottes Gnaden.

In der 'Roten Fahre' schildert Wilhelm Carl einen Gang durch die Lebensmittelkammer des Berliner Schlosses folgendermaßen: Ich bitte den diensthabenden Unteroffizier, mir einmal die Lebensmittelvorräte der kaiserlichen Privathaushaltung zu zeigen.

find. Da finden wir Fleisch auf Eis, ebenso Geflügel, Dosen schinken in großen Kisten, blütenweißes Mehl, in Säcken bis zu die hohe Decke gestapelt.

Ein höchst bedauerlicher Vorfall hat sich in der Nacht vom 14. zum 15. November in Berlin ereignet. Ein offenbar gekleideter Seeoffizier erschien auf der Marsofenwache.

Schweres Explosionsunglück. Der 'Lokalanzeiger' meldet aus Köln: Ein Explosionsunglück in Köln-Dahl hat 200 Todesopfer gefordert.

Luftpost Frankfurt a. M. - Berlin. Der 'Lokalanzeiger' meldet aus Frankfurt a. M.: Die erste Luftpost Frankfurt-Berlin hat gestern die erste Fahrt nach Berlin angetreten.

Für die lustige Gde der Weltgeschichte. In gewissen Kreise besteht die Ansicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden.

Neueste Nachrichten.

Geordnete Rückzug.

Aachen, 17. November. Der A- und S-Rat Nachteiligt mit: Die Rückkehr der Armee vollzieht sich bisher in vollster Ruhe.

Die Besetzung der Rheinfeindungen.

Stockholm, 16. November. Meldungen aus Paris besagen, daß die Besetzung von Köln, Koblenz und Mainz am 12. Dezember erfolgen wird.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der 'Publikum' gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo noch was zu holen sein wird.

Seit vier Jahren hat das Volk Hunger und Entbehrungen gelitten, wie sie schimmer wohl nicht gedacht werden können. Größere Brotkrone ist uns jetzt zwar in Aussicht gestellt.

Eine gerechtere Feuerungsverordnung.

Nimmt man das eine gerechte Verteilung der Feuerung, wenn Leute, die den ganzen Sommer auf Gas gelebt und dadurch ihre Feuerung für den Winter aufgespart haben.

Briefkasten.

Infolge eines technischen Versehens ist in der Sonnabendnummer unter der Rubrik 'Die neue Zeit' die Notiz 'Die Soldaten für die Einigkeit' auseinandergerissen worden.

verantwortlich für die Rubrik 'Aus Lübeck und den Nachbargebieten' sind die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Pöwig, in den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwark, Druck: Friedr. Meissner & Co. Lübeck.





# Das Weihnachtsfest

verlangt umfassende und in der heutigen Zeit besonders wohlbedachte

## Vorbereitungen.

Sämtliche Abteilungen habe ich mit praktischen, gediegenen und dabei doch preiswerten

## Geschenk-Artikeln

auf das Beste ausgerüstet!

Aus diesem Grunde ist mein Haus wohl eine vorbildliche Einkaufsstätte für das kommende Weihnachtsfest!

Als ein ganz besonderes Weihnachtsgeschenk empfehle ich meine so beliebten

## Geschenk-Gutscheine.

Dieselben werden in jeder Höhe an meiner Buchstube ausgestellt und von allen Kassen in Zahlung genommen.

# Kudolph Karstadt Lübeck



## Demokratisierung der Heeresverwaltung.

Von dem ganzen Sturm der Ereignisse der letzten Wochen ist sowohl die Militär- als auch die Marineverwaltung ziemlich unberührt geblieben, und doch steht ohne weiteres fest, daß auch hier mit Reformen eingegriffen werden muß und zwar rasch, damit die Demokratisierung in entsprechender Weise beeinflusst werden kann. Es ist nicht anzunehmen, unter den neuen Verhältnisse diese wichtige Frage allein der Entscheidung der militärischen Stellen zu überlassen. Sowohl im Kriegsministerium als auch im Reichsmarineamt sind alle höheren Stellen ausschließlich mit Offizieren besetzt. Eine Notwendigkeit dafür ist beim besten Willen nicht einzusehen. Daß die militärischen Sach-Resorts mit Offizieren besetzt sein müssen, ist natürlich nicht zu bestreiten. Daß aber auch an der Spitze der reinen Verwaltungsressorts Offiziere stehen müssen, ist weder praktisch noch notwendig. So steht z. B. an der Spitze des Justiz-Departements im Kriegsministerium nicht etwa ein Jurist, sondern ein General, der dieses Ressort obendrein auch nur noch im Nebenamt zu verwalten hat. Gerade die Militärjustiz hat aber während des Krieges eine derart umfassende Tätigkeit ausgeübt, daß es geradezu unbegreiflich erscheint, wie man nicht schon längst dazu gekommen ist, an die Spitze dieses Ressorts einen Juristen zu stellen. Die Hauptlast der Arbeit dürfte für die nächsten Jahre dem Versorgungsdepartement obliegen. An der Spitze dieses Departements steht gegenwärtig ein General, der in hervorragendem Maße von sozialem Empfinden durchdrungen ist. Der Mann kann aber einmal plötzlich in eine andere Stelle versetzt werden, und ob sein Nachfolger dann genau das gleiche soziale Empfinden haben wird, kann man nicht wissen. Jedenfalls sind die Offiziere, die auf dem Gebiete des Versorgungswesens beschäftigt sind, recht dünn gesät. Schon deshalb wäre notwendig, die Erledigung der Versorgungsangelegenheiten nicht in den Händen von Offizieren zu belassen, sondern sie nach Möglichkeit Personen zu übertragen, die auf diesem Gebiete weitreichende Erfahrungen haben. Es könnte z. B. durchdies nicht schaden, wenn zu diesem Zwecke einige erfahrene Arbeitersekretäre mit in das Kriegsministerium berufen würden. Schon heute kommen eine Menge Klagen darüber, daß das Rentenverfahren außerordentlich langsam vor sich geht. Auch die neuen Militärverorgungsämter scheinen bisher nicht viel zur Beschleunigung beigetragen zu haben. Das würde natürlich sofort anders werden, wenn man statt der Offiziere mit der Materie vertraute Zivilisten berufen würde.

Auch die Leitung des Verwaltungs-Departements im Kriegsministerium erfordert nicht unbedingt, daß ein Offizier an der Spitze steht. Den Einkauf und die Beurteilung von Stoffen, Leder, Ausstattungsgegenständen usw. wird ein auf diesem Gebiete bewährter Praktiker schließlich besser und leichter erledigen können, als dies einem Offizier, der doch nur vorübergehend in eine solche Stellung berufen wird, möglich ist. Vielleicht könnte man auch daran gehen, daß man die mittleren Zivilbeamten der Heeresverwaltung in leitende Stellen aufrücken läßt. Heute liegen die Dinge eben so, daß der mittlere Beamte über einen bestimmten Dienstgrad nicht hinauskommt und möglicherweise einen jüngeren Offizier zum Vorgesetzten hat, der praktisch in dem Dienstzweig nur ganz geringe Erfahrungen aufweisen kann. Wie in diesen hier erwähnten Ressorts, so liegt es auch in einer ganzen Reihe anderer, die durchaus nicht in den Händen von Offizieren zu sein brauchen. Man wird dem militärischen Geist am besten Abbruch tun können, wenn man diese hohen militärischen Verwaltungsinstanzen mit Zivilisten in leitender Stelle besetzt. Es ist natürlich vorauszusetzen, daß von militärischer Seite dagegen allerhand Einwendungen erhoben werden; diese Einwendungen kann man aber am besten mit dem Hinweis auf die Tatsache abtun, daß die Heeresverwaltung bei der Mobilmachung von gewissenlosen Spekulanten in einer Weise übers Ohr gehauen

wurde, die man Fachleuten gegenüber gar nicht erst hätte versuchen können.

Der ganze bisherige Verwaltungsapparat des Heeres und auch der Marine arbeitet umständlich und teuer. Nach diesem Kriege werden wir an allen Ecken und Enden sparen müssen und am sichersten läßt sich sparen, wenn Fachleute in leitende Stellen berufen werden auch ohne daß sie Offiziere sind. Es ist schon ein Erfolg, wenn das militärische Unterordnungsverhältnis möglichst eingeschränkt wird; wie es bei der Zivilverwaltung nicht genügt, wenn nur der Oberbau neu gestaltet wird, so ist dies noch weniger anständig in der Heeres- und in der Marineverwaltung. Hier muß so rasch als möglich dafür gesorgt werden, daß gründliche Reformen eintreten schon deshalb, weil wohl kein Mensch im Zweifel darüber sein kann, daß nach dem Kriege das Heereswesen auf eine völlig veränderte Grundlage gestellt werden muß.

## Für die Einheit der deutschen Sozialdemokratie.

Die gesamte Gewerkschaftspressung begrüßt mit aufrichtiger Freude im Interesse der eigenen Gewerkschaftsziele den großen Ansturm, der sich in den letzten Wochen in Deutschland vollzogen hat. Den Hauptanstoß aber legt sie auf das Zusammenwirken der beiden sozialdemokratischen Richtungen in der Regierung und in den Arbeiter- und Soldatenräten. Sie nimmt diese gemeinsame Arbeit, die namentlich durch die Soldaten erzwungen worden ist, als ein Zeichen der notwendigen und nahe bevorstehenden Wiedervereinigung der beiden Richtungen mit Genugtuung auf, in die sich die deutsche Sozialdemokratie gespalten hat.

Namentlich die „Metallarbeiter-Zeitung“ betont in zwei hervorragenden Leitartikeln die Unabwendbarkeit der Einigkeit in der Arbeiterbewegung. In einem Aufruf an die Verbandsmitglieder sagt der Verbandsvorstand die Forderungen der Arbeiter könnten nur dann mit Aussicht auf Erfolg vertreten werden, wenn die Arbeiter aller Länder einzig und geschlossen für sie eintreten. Tausende Forderungen an der Organisation und Aufrechterhalten der Ruhe und Ordnung seien jetzt die höchsten Arbeiterpflichten. Wer sie gefährde und wer ohne Weisungen der zuständigen Stelle handele, verführe sich gegen sein Volk und am Werke der Freiheit. In einem redaktionellen Leitartikel erhebt die „Metallarbeiter-Zeitung“ die Forderung, daß die Arbeiterzeitung der Diktatur möglichst kurz sein möge und daß möglichst bald die Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung stattfinden könnten. „Eins aber haben wir vor allen Dingen zu beachten“ führt die „Metallarbeiter-Zeitung“ fort. „Jetzt gilt es mehr als je zuvor, alles beifriedensliebend, was die deutsche Arbeiterklasse besonders in den letzten Jahren erzwungen hat, wagen die harten Worte, die hin- und hergeschleudert, vergessen sein. Jetzt gilt es wichtigere Dinge zu tun. Jetzt ist Gelegenheit zu zeigen, daß die Arbeiterklasse unüberwindlich ist, wenn sie einig bleibt!“

In dem gleichen Sinne faßt die „Hosarbeiter-Zeitung“ die ganz besondere Freude erfüllt es uns, daß die Revolution die beiden sozialdemokratischen Parteien wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt hat. In der Zeit der Trennung hat sich auf beiden Seiten recht viel Hag und Groll angesammelt, und es ist den Führern sehr schwer gefallen, die Formel zu finden, die zu Zusammenarbeiten ermöglicht. Ein Zusammenarbeiten, das unbedingt notwendig ist und das von den Massen immer energischer gefordert wird. Die Soldaten verlangen nichts als Einigkeit, und sie haben die unantastbare Zusammengehörigkeit des Arbeiterrechts förmlich erzwungen. Das eingezeichnete Verhältnis ist gewissermaßen mit einer Vorwarnfiche zu vergleichen. Wir hoffen, daß die gemeinsame Arbeit das noch tote Band bald wieder selber schließen wird und daß sich in absehbarer Zeit die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung unwahrscheinlich andrängen wird. Geht dies nicht bald, dann wäre es nicht der geringste Ruhm, den die Revolution der deutschen Arbeiterklasse gebracht hat.

Und der „Grundstein“, das Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes schreibt in einem besonderen Abschnitt unter der Überschrift „Einigkeit“:

In diesen Tagen, da das Alte wie mürbiger Zunder kitzelt und Neues überall gewaltig zum Werden drängt, hat es sich gezeigt, daß der tiefe Riß, der in den letzten Jahren durch die sozialistische Arbeiterkraft Deutschlands ging, nicht in grundsätzlichen

Meinungsverschiedenheiten über die Ziele unserer großen proletarischen Bewegung begründet war. Man war sich nicht einig über den Weg zum Ziele; als aber die Verhältnisse reif waren und es zum entscheidenden Sturm auf die Feste der Reaktion und an den ersten Schritt zur Herwirklung des Zieles selber ging, da fanden sich in einem großen Teile Deutschlands wieder alle Gruppen der proletarischen Bewegung als Brüder zusammen. Die sozialistischen Sozialisten gingen mit gutem Beispiel voran, und ihr Beispiel wirkte und zündete im ganzen Reiche. Wir, die wir hier mit Rücksicht auf die kommenden Kämpfe stets lebhaft den Gedanken der Einheit der sozialistischen Bewegung bestritten haben, breuen uns dieser Entwicklung ganz besorgens. Die Einheit der proletarischen Bewegung scheint uns die beste Bürgschaft für die Erhaltung und den Ausbau des Erzwungenen zu sein.

So klingt es aus allen Gewerkschaftsblättern, aus den Organen der großen wie der kleinen Verbände. In der „Widerzeitung“ wird es offen ausgesprochen, daß es ein Verbrechen an der Revolution selber sei, wenn heute noch eigenmächtige Charaktere die Entzweiung der proletarischen Bruderparteien weiter aufrechterhalten. Das deutsche Proletariat müsse sein Gesicht auf der ganzen Linie wieder gemeinsam in die Hand nehmen.

Auch in den Kreisen der Parteigenossen sind wir überall auf die gleiche Ueberzeugung gestoßen. In der unabhängigen Sozialdemokratie wird es nur sein, zu erklären, ob auch sie den Streit um die Kriegspolitik, der uns getrennt hat, der Vergangenheit und dem Urteil der Geschichte überantworten will, um der gebieterischen Forderung des Tages nach Einigkeit gerecht zu werden. Ungeheuer große und schwere Aufgaben haken diejenigen in Bonn, die bisher die Partei geführt haben. Aber die Wiedervereinigung der getrennten Parteien, die sich oben in der Regierung und unten in den kämpfenden Soldaten und Arbeitermassen während der Revolutionstage vollzogen hat, ist eine Angelegenheit von so ungeheurer Bedeutung, daß sie keinen Aufschub duldet. Sie kann nicht im einzelnen Ortsverein, sondern nur in zentralen Verhandlungen von Parteileitung zu Parteileitung gelöst werden. Mögen deshalb die Führer auf dem Posten sein und dem Gebot der Stunde nachkommen.

## Berliner Revolutionsstage.

Seit diesen Novembertagen kennt die Weltgeschichte den Tag einer neuen Revolution. Das heroische Revolutionsbild, in dem Meister Delacroix eine Zeit gewaltiger Gesten über die Trümmer des Gewesenen dahinzuziehen läßt, gehört der Vergangenheit an. Die Revolution von Neunzehnhundertachtzehn ist die Revolution der Sachlichkeit. Sie ist die Umwälzung durch die Organisation, ist die im geeigneten Moment erfolgte Manifestation des in langen Jahrzehnten vorbereiteten, Geschaffenen, unbewußt Gewordenen. Sie kennt keine Trümmer im Sinne von Delacroix' Freiheitsschild. Wie die moderne Fausts in dem alten Hause den Betrieb ruhig weiter gehen läßt und unterdessen um und über dem alten den neuen Bau aufführt, so hat die Revolution von Neunzehnhundertachtzehn das im alten Deutschland Ueberlebte mit einem Schläge über den Haufen zuwerfen, neues an seine Stelle gesetzt, alles, auf dem sich neues weiterbauen läßt, bestehen gelassen oder ungeachtet und binden weniger Tage, nein, Stunden, einen deutschen Vorkriegs-Staatenbau geschaffen, der, wenn er einmal die weltgeschichtliche Perfektion gegeben ist, die Bewunderung der Staaten-Ländererregen wird.

Am Samstagabend, dem neunten November, vormittags elf Uhr, hatten die Berliner Arbeiter den Generalkonvent beschlossen. Raum eine Stunde später marschierte eine Formation von mehreren Hundert Mann Jägern in dem Hofe des „Vorwärts“-Hauses ein. Diese Jäger waren einige Tage vorher von Hamburg nach Berlin gebracht worden, um sie gegen die Revolution zu verwenden. Der Zweck ihres Besuchs im Lindenhaus, in dem auch die Leitung der Sozialdemokratischen Partei untergebracht ist, hätte also der sein müssen, die Revolution auf ihrem Entstehungsherde zu dämpfen. Ja, wenn bei dieser Revolution von Neunzehnhundertachtzehn alles „rühlig“ zugegangen wäre, dann hätte sich die Sache wohl auch so verhalten. Aber die Dinge taten dieses mal den Revolutionstechnikern nicht den Gefallen, sich nach ihren Programmen abzuspielden. Und so waren die wilden Kerle in den hübschen grünen Uniformen denn auch nicht nach dem Lindenhaus gekommen, um nach altem Herkommen den Versuch zu machen, die Revolution zu erdroffeln, sondern um sie zu beschlagen.

Es war also die erste wirkliche Revolution, die völlig von der Tradition gelöst war. So merkwürdig es klingen mag: die erfolgreiche Erhebung des Volkes war schon vollendet, ehe sie begonnen worden war. Von ein paar Don Quixote-Naturen abgesehen, widerstrebten in den letzten Tagen vor der Erhebung die Gegner der Revolution nur noch in Gedanken. An

## Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

54. Fortsetzung.

„Schweigen Sie“, brüllte er, „alles ist falsch!“  
 „Beweisen Sie das“, sagte Behrens ruhig.  
 „Ich werde es beweisen, — Ihnen allen! Sie glauben, daß ich tot bin! Ich werde lebendig werden, lebendiger als je! Schon morgen! ... Ich verachte Sie!“  
 „Ich verachte Sie!“ höhnte Behrens. „Morgen werden Sie am Boden liegen und winkeln. Ich habe Zeit.“  
 „Gehen Sie!“ schrie Reissner ihn an.  
 „Ja, ich gehe. Und Sie werden mich betteln, zurückzukommen. Denn ich habe Sie in der Hand.“  
 Reissner sprang in die Höhe, um sich auf ihn zu stürzen. Doch seine Hände griffen ins Leere, Behrens war fort. Die Tür knackte leise hinter ihm ins Schloß.  
 Reissner wartete eine Weile, lauschte und vertieftete sodann sein Zimmer.  
 Er ging zum Schreibtisch und machte Licht. Die plötzliche Helle tat ihm weh, und er griff sich an die Augen. Tue ich es? fragte er sich mechanisch.  
 Es bedurfte keines weiteren Kampfes, es gab für ihn nur die Möglichkeit, es zu tun. Er hatte längst gewählt. Jetzt galt es nur noch, die Sache gut zu machen.  
 Er lächelte in alten Dokumenten herum, bis er eines mit der Unterschrift der Frau von Marisch fand. Er betrachtete es genau. Es war nicht schwer, die Sache war zu machen. Und es blieb ihm wirklich keine Wahl.  
 Er verbrachte zwei volle Stunden damit. Er versuchte so lange, bis er sicher zu sein glaubte. Dann setzte er an. Es ging. Es war gelungen.  
 Er hielt die Unterschrift eine Aemlänge von sich ab und prüfte sie. Sie war gut. Ein Verdacht konnte nicht aufkommen. Und wenn — für ihn gab es jetzt kein Zurück mehr! Ob ich zu Eucie hinübergehe, dachte er, oder zu Lu?  
 Nein, er konnte es nicht.  
 Er war so entschlossen müde. Wie gebrochen war er. Und er schlief bis zur Chaiselongue hin.  
 Er strakte sich aus und schloß die Augen.  
 Er schlief.

Fünfter Teil: Die Stunde kommt.  
 Vierundzwanzigstes Kapitel.  
 Reissner schloß die Unterredung, die er mit dem Chef-Jägermeister gehabt hatte, indem er aufstand und sagte: Die Sache ist erledigt.  
 Er schloß die Tür.

„Ganz“, antwortete der Ingenieur trocken und nickte. „Ich begreife nicht, daß Sie sich nicht schon früher ein sachgemäßes Urteil über das Terrain verschafft haben.“  
 „Das ist geschehen“, sagte Reissner apathisch. „Es lagen Gutachten vor.“  
 „Welche?“  
 „Ausländische. Die Gesellschaft war von Ausländern gegründet.“  
 Der Ingenieur bliff durch die Zähne. „Aber, aber“, sagte er. „Und er sah Reissner hart an: „Sie haben doch alles sehr sehr billig erworben.“  
 Reissner lächelte bitter. „O ja, aber trotzdem.“  
 „Gott“, meinte der Ingenieur, wenn alles sehr, sehr billig war, dann ... Ich meine: ganz verloren ist Ihr Geld dann noch nicht ... Als Baugrund kommen die Terrains natürlich nicht in Frage, das ist ausgeschlossen, völlig ... Das heißt: es müßten in diesem Falle Annummen in sie hineingesteckt werden, Millionen, und dazu liegt, solange andere, billigere Gründe vorhanden sind, natürlich keine Verantwortung vor, — ja, es wäre das geradezu ein Wahnsinn, eine Verirrtheit ... Aber —“  
 „Was?“  
 „— aber einen bescheidenen Nutzen wirst das Terrain immerhin ab, wenn man es benutzt, es, das ja überhaupt brauchbar ist, zu bepflanzen ... Nach Jahren würde es schon etwas bringen.“  
 „Nach Jahren, ... etwas ...“ murmelte Reissner.  
 „Aber als Baugrund — ein glatter Betrag!“  
 „Ich werde leben“, sagte Reissner, indem er mit halb abgewendetem Gesichte dem Ingenieur die Hand reichte, „jedemfalls danke ich Ihnen ...“  
 Die Unterredung hatte in dem Bureau des Ingenieurs stattgefunden. Reissner trat auf die Straße, und die Häuler, die Wagen, die Menschen tanzten vor seinen Augen. Er mußte sich während der ersten Schritte die Häuser entlang tasten um nicht umzufallen. Immerhin, dachte er erschöpft, ich kann einmal zu ihm hinüberfahren. Und er stieg in eine Droschke und fuhr bei Mannheimer vor.  
 Mannheimer war gar nicht erkannt. Er gab sich so Heberschwärzig wie immer, den kaum merklichen Spott um seine Lippen gesteuert er sich eigentlich nur als einen höchst überflüssigen Lugus.

Reissner sprach tonlos und matt, nichts von Wut war in ihm, nicht einmal etwas von Erbitterung und Enttäuschung. Er betrachtete mit wenigen Worten, was sich herausgestellt hatte.  
 Mannheimer hörte ihn frumm an und zuckte nur ungeduldig mit den Schultern. „Das war dumm. Dumm von Ihnen. Sonst“  
 sagte er nichts.

„Sie haben mich betrogen, Mannheimer“, sagte Reissner ohne jede Schärfe.  
 Mannheimer lächelte mitleidig. „Verzeihen Sie, mein Lieber, so etwas höre ich nicht gern ... Betrogen! Unmöglich! Man betrügt nur, wenn man fähig ist ... Haben Sie früher nicht leicht betrogen, wenn Sie eine Sache absteigen, die oberfaul war?“  
 „Sie sind fähig, Mannheimer“, entgegnete Reissner fast lebend.  
 Mannheimer schüttelte energisch den Kopf. „Dann hätte ich die Sache nicht gemacht. Und außerdem —“ Er erweiterte den Lugus, da er sich gestattete, und wurde höhnisch. „— und außerdem, dachte ich, müßten Sie selbst anpassen, daß man Sie nicht jagt ... Nicht!“  
 „Was meinen Sie —?“  
 Mannheimer sah ihn durchdringend an und hatte doch unter einem keine perfide Lebenswürdigkeit. „Ich meine, — die Unterirdik ... Das heißt: ich will nichts gesagt haben!“  
 Reissner wurde bleich. Er schloß die Hände und suchte nach einem Wort, das ihn retten konnte, nur für einige Minuten retten ... Er fand keines, nicht ein einziges. Er sah erbärmlich aus. Und schloß.  
 Es gab eine Pause, die Reissner endlos schien.  
 Mannheimer glitt lässlich über sie hinweg, mit einer Disziplin, die über die Grenzen hinausging. Er hob den Kopf und den Lugus. „Was, man darf nicht jagbar ist, — dann betrügt man auch nicht, — selbst dann nicht, wenn man ... fähig ist ...“  
 „Hm, haben wir uns noch etwas zu sagen?“  
 Da unterbrach Reissner ein Gedanke: warum war dieser Scherz so lässig, wenn er doch wußte, daß jene Unterschrift gefälscht war?  
 Er lächelte und nickte und stotterte dann: „Die Bürgschaft ...“  
 „Nein“, sagte Mannheimer laut.  
 „Nicht“, wiederholte Mannheimer.  
 „Nein — ja, nein“, sagte Reissner angrifflos, denn es schien ihm plötzlich, als wäre die Staatsanwaltschaft schon hinter ihm her und als müßte er, wenn er jetzt auf die Straße hinausläuft, sofort verhaftet werden.  
 Mannheimer nickte vorwärts, die Asche von seiner Zigarette. Ein Mann unterbreitete sich für die Bürgschaftserklärung, sagte: „noch ehe sie geschrieben war, ja ...“ Er hat sie mir abgefordert, für den vollen Betrag ... Ein sehr nobler Mann, — alle ...“  
 „Und Mannheimer nickte beglücklich den Rauch seiner Zigarette von sich.“

Fortsetzung folgt.



Normalen Widerstand hat kein normaler Mensch gedacht. Es war nicht mehr davon die Rede, ob die Revolution kommen, ob die Thronen in Deutschland leer werden würden. Die Frage drehte sich nur noch um das Wann. Es ging nur noch darum, welcher der nächsten Tage der großen Revolution des zwanzigsten Jahrhunderts das geschichtliche Datum geben würde.

Es war der neunte November. Der 9. November wurde der Tag, den alle künftigen Geschlechter im Gedächtnisse behalten werden und den wir Menschen, die in den letzten Jahren so schrecklich zu tragen hatten, erleben durften. Die Weltgeschichte hat ihre eigene Logik und ihre eigene Gerechtigkeit. Wahrscheinlich tut sie es nicht anders, als daß sie Menschen, die ihr Jahre Weltkrise, vier Jahre Hunger und Seelenqualen erlebt haben, auch einen neunten November erleben läßt!

Wahrscheinlich vermag diese Gewißheit etwas zur Klärung der Menschheit beizutragen. ... Aber, um zu unserer Schilderung zurückzukehren, die Weltgeschichte hat auch ihren Humor. Bald bewegt er sich in Kapriolen und sprudelt wie Dorijs Mund. Bald schlingt er mit Keulen. Und ein Keulenenschlag des weltgeschichtlichen Humors war es, als am Sonnabend die Revolution eines ihres ersten Militärbataillons aus der Kaserne Herzog, deren Schaffen bei der Einweihung am 28. März 1901 die Aufgabe zugewiesen worden war, die Berliner in ihre Säpfräulen zu werfen, wenn diese "wie 1848 froh und unbotmäßig werden" würden: aus der M. x. a. n. d. i. e. r. e. t. e. r. e.

Bereits am Sonnabend nachmittag stand der gesamte Seeresapparat Berlins der Revolution zur Verfügung, trotzdem dies der "oberste Kriegsherr", der sein Amt abgebrochen, zu verfügen verpfehlen hatte. Militärautos stellten den Verkehr zwischen den verschiedenen Quartieren der Revolution her. Wer auf einem solchen Auto Berlin durchquerte, konnte erbauliche Studien machen. In den Arbeiterquartieren schwamm er durch Menschenmeere, umstößt von Kubelstürmen, in den "besseren" und "besten" Gegenden traf sein Blick auf verdorrte Gesichter. Es wäre mehr als merkwürdig, wenn es bei politischen Entlabungen, wie sie in diesen Novembertagen vor sich gegangen sind, ganz ohne Menschenopfer abgegangen wäre. Ursachen, Urheber, Beweggründe sind nicht aufgeklärt worden und werden wahrscheinlich auch nicht aufgeklärt werden, aber es ist geschaffen worden: in Berlin am Schloßplatz, aus dem Mariall, Unter den Eichen und an anderen Orten. Eine Anzahl Opfer ist gefallen. Aber die Novemberrevolution von 1918 bleibt doch die unblutigste, die die Weltgeschichte bisher kennt.

Und so wenig sie von Blut und Romantik später zu erzählen wiffen wird, so wenig weiß sie von Marais, Kobespiere, Dantons und Desmoutin. ... Die Männer, die die Novemberrevolution emporgehoben hat, sind Männer des praktischen Lebens, zum größten Teile fühlte Köhner und auf die Realitäten des Tages gedrehte Naturen. Wie man die ganze Bewegung auch die Revolution der Realitäten nennen könnte. Wovon in den Revolutions-tagen in Berlin am meisten die Rede gewesen ist? Ich kann es euch sagen und wer mit eigenen Ohren durch die Massen gegangen ist, wird mir als Zeuge dienen: von Brot und Kartoffeln. Brot und Kartoffeln als Grundpfeiler der Revolution. Der Hunger als der erkanntste und schmerzhafteste Feind der Volkserhebung. Praktische Leute an die Spitze. Leute mit Organisationsblick und mit dem Takt des ägyptischen Getreide-Josef. Leute mit offenen Augen und mit Verständnis für die Tragweite der Frage. ... Und so kam es, daß der Straßenverkehrs nur stundenweise und nie völlig flokte. Auch an dem Generalstreikabend nicht. Alles wurde getan, um den Zugverkehr mit jenen segensreichen Gefährten im Gange zu erhalten, in denen Korn und Kartoffeln wuchsen.

Nein, die Romantiker werden mit der Revolution von 1918 nichts anzufangen wissen. Vielmehr, daß ein Punkt von Romantik in der Verleumdung aufglimmt, in der am Sonntag in dem Kasernegebäude des Jikus Buns die Massen sich kauten. Aber auch hier hatten das Ohr des Hautes die Redner, die die praktischen, nachsagelegenen Gegenwartsfragen erörterten.

Wer den Freitag nur aus den Zeiten kennt, in denen unter Argwohn des Hausmannes in den Hallen wohltemperierte Atmoosphäre und wohlige (vielleicht manchmal ein bisschen verbälgerte) Ruhe herrschte, da auf den roten Teppichen gutgeputzte graumelierte Köpfe mit tadelloser rastrierter Gesichtern auf glanzvollen Stühlen herumgetragen wurden, der würde heute allerdings Augen machen, wenn er - von der Waise des Arbeiter- und Soldatenrates her eingelassen würde. Bis hinauf zur Kuppel für das Brauen der Stimmchen ungeschickter Menschen. Treppauf, treppab stiegen geschäftige Menschen: Arbeiter, Soldaten und die vielen Menschen, die von diesen Räten etwas wollten, Reporter und Zeitungsschreiber, Leute von der Post und vom Telegraphen, Sprechende und Gehörte, Raucher und Kaffeegetränke, Leute mit und ohne Ideen (die mit Ideen sind die gefährlicheren!) Auf dem roten Teppich stehen Gewehrpyramiden. Aber daß es sich auf dem Teppich auch gut liegen läßt, das bemerken ein paar Grenadiere, die in der Ecke lang hingestreckt, einen wohlgeputzten wahlverdienenden, augenschneidigen aber heißen Schlaf tun, Gemüthlinge unter dem Kriegsrock haben es sich in Klubsessel bequem gemacht, in denen nicht wohl die großen Kanonen (die kleineren natürlich!) ihre Einsätze vorbereiteten. ... Ich freute mich mit einem Kollegen zu einer kurzen Besprechung in eine der offenen letzten Zimmer. Ein scharfer harter Mann tritt gemessenen Schrittes heran, sucht, nicht uns unwillig an, betrachtet mit seinen Blicken jede Ecke des Zimmers und tut mit höchst elegantem Gesicht die Frage: "Sagt denn hier nicht der ... 'Duselch'?" Verständnisslose Blide von unserer Seite. Darauf der erdberer: "Aber der Auspruch muß hier sein! Ich habe ihn doch schon selber geschrieben!" "Schließen unterlassen. Er (erregt): "Ja, ja, gestern habe ich ihn selber geschrieben!" Wir lehren zu unserer eigenen Angelegenheiten zurück. Der Fehler seines Urtheiles verliert sich schließlich den Raum. Ich höre noch: "Gestern habe ich ihn selbst geschrieben!" Es klingt wie ein Seufzer. ... Auf dem Rückwege durch die Leipziger Straße schaute mein Fuß an ein Hindernis. Auf dem Bürgersteig steht eine Leiter. Am Fuße der Leiter lehnt - das prächtige Wappen. Oben wird gehämmert. Ein Hoflieferant läßt kühnherzig den Strohsack seines Hauses entfernen. Und wie ich durch die Friedenstrasse geh, trägt gerade ein grandioser Mensch zwei solche Glasstücke in einem Formeg. Dabei wipelt ihm eine unter dem Arm fort. Die beiden großen Wappensteinen fallen - bang - auf die Erde. ...

### Die Ernährungslage.

Dringende Rohwertigkeit der amerikanischen Hilfe. Der Volksbeauftragte Schiedemann erklärte einem Reporter der "Commercial Times": "Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten hat am 11. November vor dem Kongreß erklärt, daß die Alliierten beschließen, die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versorgen. Er hat diese seine Bereitwilligkeit in der Antwort darzulegen an die Reichsregierung nochmals betont. Das deutsche Volk anerkennt diese erste Friedensstufe und hofft auf schnelle Erfüllung des Versprechens. Was wir dazu tun können, geschieht, eine Kommission wird sich unverzüglich mit amerikanischen Behörden in Haag treffen, um eine Verkleinerung der von dem Präsidenten in Aussicht gestellten Unterstützung zu ermöglichen und vorläufige Sendungen in die Wege zu leiten; aber heute, in der hoffentlich letzten Stunde unseres Vorkriegsleben, das angesichts der vernichtenden Waffenschwundbedingungen wieder nur durch ein neues, höheres abgelebt wird, muß wir immer vor aller Welt festhalten: daß es ein Krieg gegen Hunger und Gedeihen eines Volkes so unerbarmlich

wiedernachhaltig geführt worden wie der Hungerkrieg gegen unsere Frauen und Kinder in der Heimat. Die Verlustlisten sind selbst im Vergleich zu den blutigen Verlusten aller Völker unerschöpflich. Was aber auf die Dauer an Gesundheit und Lebenskraft geschwächt wurde, ist kaum abzuschätzen. Was der Krieg und seine Folgen für unsere Zukunft bedeuten, das können Sie am besten aus den Beobachtungen erfahren, die bei unseren Müttern und Säuglingen gemacht wurden: 70 Prozent aller Schwangeren und Gebärenden sind unternährt und kommen so ausgehungert in die Klinik, daß kein Eisarrest vor ihnen sicher ist. Unterernährung und Blutarmut haben einen solchen Umfang angenommen, daß die jüngste Grippeepidemie nahezu 20 Prozent aller Schwangeren und Wöchnerinnen hinweggerafft hat. Die Kinder können von den Müttern nicht gestillt und mit dem Viertel Milch auch nicht mit der Stärke ernährt werden, so daß wir jetzt eine Sterblichkeit von mindestens 30 Prozent bei den epheligen Kindern und 50 Prozent bei den unrechtfertigen Kindern haben. Heute besteht in Deutschland fast täglich der schreckliche Zustand, daß wir für die Mütter und Neugeborenen der ärmeren Bevölkerung eine vollkommenere, die schwersten Opfer fordernde Hunger not haben. Sie sehen daraus, daß für unsere bisherigen Gegner der Krieg mit dem letzten Schuß tatsächlich vorbei war, während er für uns noch im Marke des Volkes weiter wütht. Einen wirklichen Frieden kann für uns erst umfassende Ernährung und damit Neubekämpfung der Arbeitskraft bedeuten.

### Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur kommt.

Aus Washington wird gemeldet: Der Lebensmittelkontrollleur Hoover reiste am Sonnabend an Bord des Dampfers "Olympia" nach Europa ab, um das Problem der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Frankreich, Belgien und den Ländern der Mittelmächte sowie das nahe Ostens zu studieren.

### Die norwegischen Arbeiter wollen helfen.

Die Leitung der norwegischen Arbeiterparteien hat die norwegische Regierung aufgefordert, bei der Ernennung auszurufen, daß Norwegen Gelegenheit gegeben werde, so rasch wie möglich außer den gemäß dem Abkommen mit Amerika festgesetzten Mengen von Lebensmitteln diejenigen Schwären, namentlich Fische und Fischprodukte, an denen Norwegen selbst noch Ueberschuß habe, an die notleidendste Bevölkerung, die rascher Hilfe dringend bedürfte, zu senden.

### Für königliche Küchen.

Am 25. Januar 1918 ging ein Waggon Lebensmittel aus Bukarest an die Kanzlei des österreichischen Kaisers Karl nach Wien ab. Der Waggon enthielt folgende Vorräte zum Durchhalten der kaiserlichen Familie:

3000	Kilogramm feinstes Speisemehl,
1000	" " Backmehl,
500	" " Teigwaren,
300	" " Weizengrieß,
500	" " geschälte Erbsen,
500	" " feinstes Weizenmehl,
216,5	" " Rauhfleisch,
974	" " Fett,
50	" " Käse,
140	Stück Eier,
1030	Kilogramm Erbsenmehl,
660	" " Bohnen,
50	Flaschen Himbeersaft,
25	Flaschen Kirschsaff,
100	Kilogramm Sauerkraut,
20	" " Souff,
25	" " Pflanzen,
5	" " Sellerie,
8	" " gedörrter Paprika,
20	" " gedörrter Porree,
20	" " gedörrte Zwiebeln,
50	Gläser Aprikosenmarmelade,
30	" " gebratene Gans,
30	" " gebratene Ente,
30	" " gebratenes Huhn,
35	Kilogramm Apfelmarmelade,
35	" " " "
35	" " " "
18	" " Birnenkompott,
35	" " " "
35	" " " "
37	" " Birnen- u. Hagebuttenkompott,
35	" " Hagebuttenkompott,
38	" " " "
39	" " " "
47	" " Apfel- u. Birnenkompott,
	Marmelade.

Damals hielt der bulgarische Ferdinand angeblich noch treu zum Vierbund. Er erhielt daher am 23. März 1918 folgende Sendung aus Bukarest:

50	Kilogramm Makaroni,
50	" " Nudeln,
2000	" " weißes Mehl,
100	Dosen Gemüskonserven,
50	Gläser Kompott,
150	Flaschen Sekt,
20	" " Sibir,
10	" " Roggnet,
40	Stück Zitronen,
20	Kilogramm Tomatenpaste,
50	Glas Birnenkompott,
50	Flaschen Kirschsaff,
50	" " Himbeersaft,
20	Kilogramm Haselbohnen,
40	Gläser Melonen,
10	Gläser Äpfel,
20	Tomaten (a 20 Zentner) Saft,
20	Tonnen Mais.

Auch an deutschen Familien ist der Segen aus dem Südoften nicht ganz nordübergegangen. Darüber liegen zurzeit aber erst lidenhafte Dokumente vor. Immerhin: mit solchen Waggons war das Durchhalten schon möglich. Jetzt aber hat es aufgehört. Es sind andere Zeiten gekommen.

### Aus der Partei.

Aus der französischen Partei. Der ständige Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs nahm am Dienstag mit 13 gegen 11 Stimmen folgende Tagesordnung an: Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Die sozialistische Partei als französische Sektion der Arbeiter-Internationale gibt ihrer Freude Ausdruck über das Aufhören der Feindseligkeiten. Als Beispiel des neuen Friedens begrüßt sie die Deutsche Republik und die Befreiung der Sozialdemokratie durch die deutsche Arbeiterklasse. Wie in Rußland der Sowjets tritt der Sozialismus in ganz Mittel-Europa und überall sonst als der berufene Sieger

dator der durch den Krieg hinterlassenen politischen und sozialen Lage auf. Die Partei sieht so das Vertrauen gerechtfertigt, das sie immer auf die Aktion der Völker gesetzt hat. Sie erkennt an, daß gewisse Bedingungen des Waffenstillstandes der Befürchtung Raum geben, daß seitens der Regierungen der Entente die Absicht einer vorübergehenden, bewaffneten Intervention gegen das revolutionäre Rußland näher gerückt ist, und ruft deshalb alle Kräfte des französischen Proletariats auf, um zu verhindern, daß der in Rußland, Deutschland und Oesterreich sich entwickelnde Sozialismus durch eine Koalition des fremden Kapitalismus erdrückt werde. Die Partei fordert dringend die französischen Arbeiter auf, sich ihren Gewerkschaften und Parteigruppen anzuschließen, die Zeitungen ihrer Klasse zu unterstützen und sich bereitzuhalten, um den Sozialismus in Frankreich zum Triumph zu führen, wie in den übrigen Ländern Europas.

Die Parteipresse und die Revolution. Die gesamte Parteipresse hat sich seit dem Siege der Revolution der Arbeiter- und Soldatenräte zur Verfügung gestellt. Somit hat sie durch die Umwälzung im allgemeinen keine wesentliche Veränderung erfahren. In die Redaktion der "Odesener Volkszeitung" ist der unabhängige Sozialdemokrat Gleisner, der ihr früher angehört hat, wieder aufgenommen worden. Der "Braunschweiger Volksfreund" wurde von den bewaffneten Sozialisten der Partei entlassen und ist jetzt wieder in Besitz seiner früheren unabhängigen Seiten. In Berlin hat der "Vorwärts" zum ersten Male ein Abendblatt herausgegeben. Von Sonntag an erscheint, ebenfalls zweimal täglich, "Die Freiheit", als Organ der unabhängigen Sozialdemokratie; "Die Freiheit" wird in der Landendruckerei am Sülzflauerbaum hergestellt. Ueberall hat die Parteipresse natürlich während der Revolutionsstage eine Verbreitung gewonnen an die man früher kaum zu denken gewagt hat. Es erscheint uns daher unmöglich, daß die Papierverteilung noch immer nach dem Maßstab von 1915 vorgenommen wird; ihre Neuregelung nach dem jetzigen Verbreitungsstand ist unabwendbar geworden.

### Die Demobilisation.

#### Demobilisationsarbeit in Berlin.

Im Berliner Rathaus herrscht angelehnt der großen Demobilisationspläne angestrengteste Tätigkeit. Die nächsten Aufgaben sind die Arbeitsbeschaffung und die technische Vorbereitung für die Unterbringung heimkehrender Krieger. Diese Hauptaufgaben liegen in den Händen des geheimen Stadtkommandants Hoffmann. Für die Organisation des Bahnhofsdienstes und die Unterbringung der Soldaten: selbst sorgt Stadtrat Berndt. Die Arbeitslosenunterstützung und den Ausbau des Arbeitsnachweises organisiert der in sozialen Arbeiten erfahrene Stadtrat Mahk. In Kürze wird ein Wohnungsverband für Groß-Berlin gegründet werden, der sich die Beschaffung von Kleinwohnungen und die Verteilung der Kleinwohnungsbauten über die Groß-Berliner Gemeinden zum Ziele setzt: er wird mit größter Beschleunigung arbeiten. Dieses Ressort nimmt im Berliner Magistrat Stadtrat Köhning wahr.

#### Heimmarsch - Demobilisation - Ubergangswirtschaft.

Bei dem jetzt erfolgenden Heimmarsch unserer Truppen vor allem darauf bedacht zu sein, daß eine möglichst rationelle Ausnutzung der Eisenbahntransportmittel erzielt wird, und daß möglichst viel von dem wertvollen Material wieder in die Heimat kommt. Ein Teil des zur Verfügung stehenden Eisenbahnmaterials ist für die Durchführung der Pferde rezentriert, die in der Landwirtschaft notwendig gebraucht werden. Auf diese Aufgabe muß besondere Sorgfalt verwendet werden, da die Herstellung des Futters große Schwierigkeiten bietet. In den großen Eisenbahnknotenpunkten werden Organisationen geschaffen, die die Massen der eintreffenden Truppen verteilen sollen. Bis zu dem Punkte, an dem die Auflösung der Formationen vor sich gehen wird, übernimmt die Militärverwaltung die Versorgung. Die Gewerkschaften sind gebeten worden, bei der Erledigung der aus der Sachlage erwachsenden organisatorischen Aufgaben mitzuwirken.

Für die Unterbringung der Arbeiter in ihren Berufen oder in anderen Arbeitsgelegenheiten, sowie zur Erledigung anderer Arbeiterfragen, die mit der Demobilisation zusammenhängen, werden Fachkommissionen gebildet.

In der Rüstungsindustrie wird der Abbau der Kriegsarbeit in der Friedensbetriebe in der Weise vor sich gehen, daß die Umstellung ohne wesentliche Arbeiterentlassungen angestrebt wird. Bei der Lösung dieser Aufgabe werden die Gewerkschaften in besonders starkem Maße herangezogen werden. ... Man hofft, daß sich aus den Fachkommissionen der einzelnen Berufe von selbst die Kräfte aus der Arbeiterklasse herausbilden werden, die zu dauernder Mitarbeit berufen sind.

Zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen werden die Rüstungsbetriebe vorläufig teilweise weiterarbeiten, so weit dies ohne Materialvergeudung möglich ist. Auch muß diese Weiterarbeit unter Bedingungen vor sich gehen, unter denen der Gewinnanstieg für den Unternehmer fortfällt.

### Aus den Grenzgebieten.

Dem Nationalrat für Elb-Lothringen, der sich in Verbindung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hat, hat sich das Generalkommando Straßburg zur Mitarbeit angeschlossen. Der Nationalrat hat vor allem die Demobilisationsarbeiten in Gang gesetzt. Auf dem Münster wohnt die Note Fahne. Ruhe und Ordnung in Stadt und Land sind gesichert. Ebenfalls herrscht in der Festung Metz feste Ordnung. Die Militär- und Zivillbehörden arbeiten nach den Befehlen des Arbeiter- und Soldatenrats. Für die Ubergangszeit werden Bürgerwachen gebildet. Nur der Zuflug großer Soldatenmassen erschwert den elb-lothringischen Bahnverkehr. Auch in den kleineren Elb-Lothringischer Gemeinden haben sich überall Arbeiter- und Soldatenräte gebildet und sich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Straßburg in Verbindung gesetzt.

In Ostrow hat sich ein deutscher und polnischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Ostrow ist es schon zu Zusammenkünften gekommen. In Anaszkowo, Kreis Iktawo, ist eine bewaffnete Schar von etwa 60 Polen aufgetreten. Sie hat die Bahnhofsbesatzungen erzwungen und die Zollkasse geplündert. Im Einvernehmen mit den Soldatenräten wird für genügenden Grenzschutz gesorgt.

In Moskau hat sich ein deutscher Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der einen Aufruf an alle deutschen Arbeiter und Bauern und an die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland erläßt, in dem es heißt: Siegreich hat das deutsche Proletariat seine Fesseln von sich gemorfen. Ueberall ist die Regierungsgewalt in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen. Zeigen wir deutsche Proletarier, die wir bisher im freien Rußland doppelt den Schmach des Imperialismus empfinden mußten, daß wir den Klassenkampf unserer Klassenbrüder in der Heimat mit allen Kräften unterstützen. Unterthoben ist der Aufruf von deutschen revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Moskau. Präsident Joseph Böhm, Rudolf Kottfogel, Sekretär Krow.

### Gewerkschaftsbewegung.

Der 8-Stunden-Tag. Arbeitgeberkreise der deutschen Industrie wollen die deutsche Regierung dazu veranlassen, bei den Friedensverhandlungen darauf hinzuwirken, daß auch die anderen Nationen den acht Stunden Tag einführen. Man kann nur wünschen, daß dieses Vorgehen von Erfolg gekrönt ist.



# Revolution und Friedensbedingungen.

Von Fritz Kummer.

Die Revolution hat nun in ganz Deutschland festgegründet. In Nord und Süd, in Stadt und Land weht als Zeichen ihrer Herrschaft die rote Fahne. Ueberraschend schnell ist alles gekommen.

Schon beim Anzuge ihres Trittes flohen die Großen und Mächtigen, kürzten die Fronten der Reaktion wie Kartenhäuser in sich zusammen. Von dem großmächtig schwebenden, für ewige Zeiten unerwiderlich gehaltenen Bau des bisherigen Regimes sind bloß noch Trümmerhaufen, körperliche Zeichen verblähter Herrlichkeit stehen geblieben.

Schnell und schnell ist der Abbruch der Staatsordnung des Gottesgnadentums gelungen. Viel schwerer und langwieriger wird, worüber kein Zweifel besteht, der Aufbau der neuen Ordnung der Demokratie und des Sozialismus sein. Die kritischen Stunden dieser Revolution werden sich viel eher einstellen, als bei allen früheren. In allerhöchster Zeit, vielleicht in kurzen Tagen schon, werden an die politische Klugheit, sowie an das organisatorische Geschick der sozialistischen Arbeiterklasse die allerhöchsten Anforderungen gestellt werden. Von dem Bestehen dieser Feuerprobe wird unendlich viel, wenn nicht alles, für ihren politischen Kredit wie für die glückliche Lösung der weiteren Schwierigkeiten abhängen.

Die nächsten Schwierigkeiten sind die landweite Verankerung der neuen Ordnung und die Überwindung der Notlage, die uns das alte Regime hinterlassen hat. Die Lösung dieser gewaltigen Aufgaben muß und wird der organisierten Arbeiterklasse gelingen, sofern sie nur einträchtig zusammenarbeitet. Das ist Voraussetzung des Gelingens. Der Arbeiter und Pflichten sind zu viele, als daß auch nur eine einzige willige Kraft unbenutzt gelassen werden dürfte. Ohne kluges Zusammenfassen und Verteilen aller revolutionären Arbeitskräfte können leicht die schnell nahestehenden kritischen Stunden der Revolution zu deren Nachteilen werden.

Diese Erkenntnis ist glücklicherweise fast Allgemeingut der Arbeiterklasse. In vielen Orten haben sich schon über allen persönlichen Hader hinweg die proletarischen Kräfte zusammengesunden. Damit ist politische Reife und Verständnis für das höchste Gebot der Stunde bewiesen, das glückliche Ausblick auf die Zukunft eröffnet.

Um es zu wiederholen: Ohne allgemeine und innige Zusammenarbeit aller sozialistischen Kräfte ist, um das gelindeste zu sagen, das Ziel der Revolution gefährdet! Aber selbst wenn die proletarische Armee auf der ganzen Linie von größter Einheitsfront besteht, wird es selbst für den Wirtigen oder Hoffnungsreichsten noch bange Fragen genug geben, worauf zu antworten ihm schwer sein wird, Fragen, die die Bedingungen des

Waffenstillstandes und des vorläufigen Friedens auf die Lippen treiben.

Was die Räumung des linken Rheinufers, die Auslieferung von 5000 Lokomotiven, 150 000 Bahnwagen und 5000 Kraftwagen, dann der Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen, die freie Fahrt durchs Rattgeat und der Weiterbestand der Blockade für unsere Wirtschaftslieferung als auch für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens bedeutet, das ist auch ohne jedes erklärende Wort jedem klar. Und daß später die Friedensbedingungen günstiger sein werden, als nach dem Waffenstillstandsbedingungen angenommen werden muß, läßt sich nur von einer Verkürzung der Dinge in den Entente-Staaten erhoffen, für die allerdings große Wahrscheinlichkeit spricht.

Daß nun auch über England wie über Frankreich bald eine revolutionäre Windsbraut hinwegfegen wird, das muß eine langjährige vernünftige Kenntnis beider Länder unbedingt behaupten. Für die Sturmwele werden sich die Folgen zu niedrig, der Verneinungsal zu schmal erweisen. In beiden Staaten haben die arbeitenden Klassen mit ihrer herrschenden Klasse eine Rechnung zu begleichen, die nicht weniger groß ist, als die der Deutschen. Dank des wiederholt verhängt streng gehandhabten Nachrichtenendienstes läßt sich zur Stunde noch nicht sicher sagen, wann die Stimmung der beiden Entente eine revolutionäre Erhebung wahrscheinlich macht, ob schon vor dem Friedensschluß oder erst nachher. Indes, vorderhand herrscht in Frankreich wie in England noch die Reaktion. Wer da meint, daß das neue demokratische Deutschland von diesen „Demokraten“ günstige Bedingungen erhalten werde, als das reaktionäre Deutschland, der kann sich durch einen Blick in die französische Presse der letzten Wochen überzeugen, wie sehr er sich irrt. Je ausichtsreicher die Befestigung des — angeblichen — Kriegsgrundes der Weststaaten, der Kaiserismus, wurde, desto mehr verzog die große weisheitliche Presse ihre Angriffe gegen Wilhelm II. Dieser Wandel läßt die „Humanität“ (vom 1. November) bitter klagen: Die „französischen Patrioten werden Wilhelm II. und seinen Generälen verzeihen, daß sie in Frankreich eingedrungen sind; aber sie werden niemals den Sozialisten verzeihen, daß sie an Stelle der Herrschaft des Kaisers und seiner Generale die Herrschaft des Proletariats gesetzt haben.“ Die Clemenceau und Lloyd George werden ihren unbedingten Haß gegen den Sozialismus durch Rücksichtslosigkeit im Fortdauern betätigen. Daß hier Wilson, den die Unkenntnis amerikanischer Machtverteilung zu einem ehrlichen Pazifisten zu machen vermag, mäßigend eingreifen wird, dafür muß der Beweis erst noch erbracht werden.

Somit wären die Gefahren, die dem neuen Deutschland, der deutschen Revolution, von den weisheitlichen Gewaltfriedensmenschen drohen, äußerst schwer. Kein Zweifel, die Waffenstillstandsbedingungen bedeuten die Auslieferung des deutschen Volkes auf Gnade und Ungnade. Und die Friedensbedingungen werden kaum günstiger sein. Ueberaus trübe Aussichten, gewiß! Aber

benso gewiß ist, daß sie mit der Zeit, noch bevor sie Wirklichkeit werden, bedeutend leichter geworden sein werden.

Wie das revolutionäre Ausland dem revolutionären Deutschland dankt, daß der Bester Gewaltfrieden unverwirklicht bleibt, so wird Deutschland den revolutionären Weststaaten noch zu danken haben, daß der neue Gewaltfriede gemildert, wenn nicht ganz unausführbar bleiben wird. Deutschland ist dadurch daß es sozialistisch geworden, bei den jetzigen Machthabern der Entente-Staaten sicherlich noch verhaßt geworden, dafür wird es jedoch bei denen Arbeiterklasse um so mehr geliebt. Wie in Rußland, Oesterreich, Bulgarien und Deutschland, so wird auch bald in den Weststaaten die Arbeiterklasse die Herrschaft erobern. Die Machthaber in Paris und London werden zwar mit letzter Entschiedenheit die Abkündigung der revolutionären Front versuchen und sich zu diesem Behufe mit Gott und dem Teufel verbünden. Ihre Mühe mag wohl den Ausbruch des Sturmes verzögern, aber nicht verhindern.

Bei dieser Annahme sind die jüngsten Meldungen der Erhebungen auf englischen und französischen Kriegsschiffen ganz außer Betracht gelassen. Diese Annahme ist geboren von der Kenntnis der Stimmung der beiden westlichen Länder. Sie läßt sagen: Den Entente-Regierungen wird die Freude über den Gewaltfrieden mit Deutschland sehr verbittert werden durch den Gewaltfrieden, den ihnen ihre eigene Arbeiterklasse diktiert. Die Ermüpfung Deutschlands wird erschwert, nicht verhindert werden durch die revolutionäre Arbeiterklasse der Weststaaten. Das Werk der deutschen Revolution wird erst ganz gesichert werden durch die sozialistische Internationale.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

## Entlassene!! Reklamierete!! Zur Arbeit Beurlaubte!!

Vergeßt nicht Eure Mitgliedschaft bei der Partei wieder anzumelden und zu erneuern!!

Die schweren politischen Kämpfe um die freirechtliche Umgestaltung von Reich und Staat, sowie um eine bessere Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfordert die Mitarbeit und Beitragsleistung aller Parteigenossen.

Nur starke und leistungsfähige Organisationen sind zur Vorbereitung und wirksamen Führung unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft in der Lage.

Darum seid Euch des Ernstes unserer Zeit bewußt!! Meldet Euch bei den Vertrauensleuten der Partei oder direkt auf dem Parteibureau, Johanniskirche 50, zur Beitragsleistung und Mitarbeit wieder an.

Nach kurzer Krankheit starb an seinem Geburtstag am 1. Heber Mann, unser Vater und Großvater

**Fritz Bräsen**  
im 82. Lebensjahre.  
Tief betrauert von  
Gatharina Bräsen geb. Nau  
Fritz Eisen u. Frau  
geb. Bräsen nebst Tochter  
Herm. Bräsen u. 3. im  
Seeresdienst u. Frau geb.  
Wagenau nebst Kinder.

Die Beerdigung findet am  
Dienstag nachmittags 2 1/2  
Uhr von d. Friedhofskapelle  
in Stockelsdorf statt. 5757

**Verband der Schneider,  
Schneiderinn. u. Wäsche-  
arbeiter Deutschlands.**  
Zentrale Lübeck.

Dem grausamen Welt-  
kriege zum Opfer fiel noch  
am 30. Oktober unser Mit-  
glied

**H. Seidenfad.**  
Ferner starb noch hier in  
der Garnison

**H. Buck.**  
Wir werden denselben ein  
ehrendes Andenken bewahren  
5762 Die Ortsverwaltung.

Wegen Platzmangel 2 große  
Dezember zu verkaufen.  
5789

Derberplatz 3, 1.

**Zimmergesellen**  
stellt sofort ein

**H. Möller, Baugeschäft,**  
Kronsfordter Allee 37b. 5758

Gesucht zu sofort

**1 tüchtiger Maurer (verh.)**  
für dauernde, angenehme Beschäftigung.

**Plettner & Bruhn**  
Granit-Werk. 5775  
Fallendamm.

**Tüchtiger Elektro-Techniker**  
für Instandhaltung der Betriebsanlage  
sofort gesucht.

**Schwartauer Honigwerke und Zuckerraffinerie Aktienges.**  
Bad Schwartau. 5760

**Morgen Dienstag 10 Uhr**  
Fortsetzung der  
**Grossen**  
**Inventarversteigerung**  
im Hotel Kaiserhof, Untertrave 104.  
**R. Bruhn,** 5755  
vom Polizeiamt sowie Stadt- und Landamt angestellter und  
beidseitiger Versteigerer und Sachverständiger.  
Kontor: Fischstraße 26. Fernruf 977.

Junges Mädchen als  
**Lehrling**  
per 1. Dezember gegen mo-  
natliche Vergütung gesucht.

**Schuhhaus Louis Cantor**  
Breitenstraße 97.

Drei-Zimmer-Wohnung zum  
April oder früher gel. f. Lindert.  
Gheparat. 5769  
Angeb. Duve, gr. Burack. 32.

**Motocycletenlicht,**  
Modell 77 cm lang, zu verk.  
Voll, Neuenstr. 2.

Zu kaufen gesucht (5750)  
Hauskandellampen, Knollen,  
Glöh., Posten, Zeitungen,  
zu höchstem Tagespreis.

**Karl Kleinfeld, Wallenbofstr. 25.**  
Telephon 2480.

**Jam.-Ausnahmen**  
in u. außer dem Hause.  
**Atelier Lubeca.**  
Breitenstraße 13. 5748

**Reparaturen**  
an Nähmaschinen  
sämtlicher Fabrikate  
sachgemäß, schnell und billig

**Nähmaschinenhaus 5749**  
**W. Kruse, Huxstr. 43.**

**Zorf**  
schwer, große Hebekraft  
Zentner 6.— Mit  
wagenweise billiger.

**Gesp. Brennholz**  
Zentner 9.— Mit.

**Plättkohlen**  
**C. Minze Nachf., Stockelsdorf**  
Telephon 1817. 5770

**Moisling.**  
Versammlung der sozialdem.  
Frauen  
am Dienstag, dem 19. d. M.,  
abends 8 Uhr, im Kaffeehaus  
G. Siemers.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung. 2. Besprechung  
über die Gleichheit. 3. Innere  
Verhältnisse angelegenheiten. 5778

**Keine Kohlennot mehr.**  
Mein la. Bremervörder Brenntorf brennt in jedem Ofen u.  
Gerd. Ein Versuch führt zu dauerndem Gebrauch und empfehle  
denselben ohne Marken zu billigstem Tagespreis.

**Klefernbrennholz à Sach 3.— Mit. à 1m 40.— Mit.  
Gejagt 3.— Mit. mehr. 5752**

**Johs. Mustin, Friedenstr. 78.**  
Lager: Warendorferstr. 22. Fernruf 2740.  
200 gebrauchte 15-cm-□-Holzer. 2-3 m lang, à m 1.25 Mit.

**Zu meine Kundschaft!**  
Durch die Einschränkung des Gas- und Elektrizitäts-  
verbrauches ist es mir nicht möglich, die tägliche Liefe-  
rungsfrist einzuhalten, sondern dafür eine 14tägige.  
Die Kontrollnummern für Bringwäsche sind bei Ab-  
holung stets abzuliefern.  
Das Geschäft ist von 12 bis 2 Uhr geschlossen.

**Waschanstalt „Urania“** 5788  
Helenenstr. Nr. 9. **Georg Grube.**



**Das Preiswerteste**  
in Damekleidung für den kommenden Winter, schön und gediegen gearbeitet  
**kaufen Sie im Holstenhause.**

<b>Winter-Mäntel</b> moderne lange und dreiviertel lange Formen, aus Flauch u. anderen warmen Stoff en, teils mit Pelzkragen u. Pelzbesatz	<b>Winter-Blusen</b> modernster Machart aus Seide, Noppen- Sammet und warmen, mollenen Stoffen, in hellen und dunklen Farben
250.00 178.00 125.00 98.00	97.00 72.00 55.00 27.50
<b>Jacken-Kleider</b> neuer flotter Machart, aus gediegenen Stoffen in allen Modetönen in tadelloser Verarbeitung, teils aus Seide	<b>Kleider-Röcke</b> eleganter, mode los s.tzender Schnitt, aus einfarbigen und gemus erten Winter- stoffen in bester Verarbeitung
295.00 225.00 165.00 85.00	135.00 99.50 68.50 49.50

**Moderne Pelzgarnituren**  
aus echten Pelzen bester Qualität, Sammet, Astrachan und Seidenplüsch

<b>Muffen</b> 95.00 78.00 64.00 36.00 und teurer	<b>Kragen</b> 54.00 36.00 18.50 8.50 und teurer
--	---

**HOLSTENHAUS** G. m. b. H.  
Lübeck

**Visitenkarten**  
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co

**Schweinegilde für Lübeck**  
Vorstadt St. Lorenz u. Umg.  
Versammlung  
am Mittwoch, 20. November,  
nachmittags 8 Uhr  
in der Hansa-Halle.  
Tagesordnung wird in der Ver-  
sammlung bekanntgegeben.  
5741) Der Vorstand.  
J. A. Friedr. Spiegel.

**Öffentlicher Vortrag**  
Dienstag, den 19. November  
8 1/2 Uhr im Hause der Gemein-  
schaft, Königstr. 5.  
Frau Voß-Zietz: Was müssen  
die Frauen vom Wählen wissen?  
Ausprache. 5776  
Eintritt frei für Jedermann.  
Nationaler Frauenbund.

**Uhren-Reparaturen.**  
Billige Preise. 5751  
Große Auswahl in Wand-, Tisch-,  
Weck- und Taschenuhren.  
**Hermann Voß, Uhrmacher,**  
Breite Straße 34 u. Huxstraße 71.

**Hansa-Theater.**  
Montag abends 7 Uhr  
**Hanni geht tanzen.**  
Dienstag: 5768  
**Die tolle Komteß.**

**Stadttheater Lübeck.**  
Spielzeit 1918/19.  
5764  
Dienstag, den 19. November  
**Fidelio.**  
Mittwoch, den 20. November  
**Geschlossen.**

**Zeitschriften aller Art.**  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co  
Johannstraße 46.



# Zur Demobilmachung.

Der Vorsteher des Demobilisationsamtes Oberstleutnant Koch gibt folgendes bekannt:

Der Reichsminister hat mich ermächtigt, alle Anordnungen für das Reich und die Bundesstaaten zu erlassen, um das Wirtschaftsleben während der wirtschaftlichen Demobilisation aufrecht zu erhalten. Für Preußen über ich diese Befugnisse als Staatskommissar aus.

## Erstens: Organisation.

Nachgeordnete Provinzialorgane sind die Regierungspräsidenten als Demobilisationskommissare. Die Oberpräsidenten sind beauftragt, erforderlichen Falles Einheitsstellen innerhalb der Provinz durch Anweisungen an die Demobilisationskommissare zu sichern.

Für den Regierungsbezirk Düsseldorf und für Teile der Regierungsbezirke Arnheim und Münster, die zum Bezirk der Kreisämter Düsseldorf gehören, hat der Regierungspräsident Düsseldorf diesen Auftrag unter Aufsicht der Oberpräsidenten Coblenz und Münster. Für das Verwaltungsgebiet des Verbandes Groß-Berlin ist der Oberpräsident in Charlottenburg als Demobilisationskommissar auktändig.

Die Demobilisationskommissare bilden bei sich Bezirksbeiräte. Als Lokalorgane sind in Stadt-, u. Landkreisen Demobilisationsausschüsse unter Vorsitz von Vorkriegsleitern oder Landräten zu bilden, die in Einfällen die Befugnisse des Demobilisationskommissars ausüben. Die Demobilisationskommissare können diese Kommunalverbände teilen oder, soweit möglich, zusammenlegen und die Verteilung von Vorständen sinngemäß regeln. Die Bildung der Demobilisationsausschüsse in arbeitsfähiger Größe ist zunächst nach Vorschlägen wirtschaftlicher Organisationen (Gewerkschaften) durch die Demobilisationskommissare oder damit zu beauftragenden Vorstehenden vorzunehmen.

## Zweitens: Aufgaben und Befugnisse.

Das Wirtschaftsleben in Gang zu halten.

Die Arbeitskräfte, soweit sie in den Rüstungsbetrieben nicht mehr beschäftigt werden können, sowie die entlassenen Soldaten sind in Heimat und Arbeit unterzubringen. Die Landwirte und gewerblichen Unternehmer sind bereit und verpflichtet, ihre Arbeiter aus der Zeit vor dem Kriege und vor Abwanderung in die Rüstungsindustrie aufzunehmen, soweit die gewerblichen Betriebsverhältnisse es nur ermöglichen. Landwirtschaft und Bergbau brauchen dringend Kräfte.

Die gewerbliche Arbeit ist durch Verkürzung der Arbeitszeit zu sichern, jedoch muß die Arbeitszeit mindestens 6 Stunden betragen.

In Webereien ist vorläufig nur Einstuhlsweben zu gestatten. Bisherige Betriebe sind zunächst ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit tunsicht zu erhalten. Stillgelegte Betriebe und Handwerke sind in Gang zu bringen.

Für Rohstoffwirtschaft sind einseitigen bisherigen Kriegszorgmaßnahmen maßgebend. Erleichterungen sind in Vorbereitung.

Bei Eisenwirtschaft sind die Verwendungsverbote und Freigabeverfahren für Halb- und Fertigfabrikate aufgehoben. Einzelheiten folgen.

Eine Bautenprüfung durch Bautenprüfstellen fällt fort. Auskömmliche Löhne sind zu sichern, soweit nötig durch Zwangsregelung. Wo sonst keine Arbeitsgelegenheit ist, muß sie durch Notstandsarbeiten der öffentlichen Verbände geschaffen werden, wozu das Reich Geldunterstützung gewährt wird.

Die Regelung der Befugnisse der Demobilisationskommissare in Enteignungssachen wird noch bekanntgegeben.

Die Demobilisationsausschüsse sind ausgiebig heranzuziehen und arbeiten zu lassen. Sie sind, soweit nötig, mit Befugnissen besonders zu vorläufigen Regelungen auszustatten. Die Aufgaben der Demobilisationsausschüsse werden, wenn nicht sofort, so doch im Arbeitsberlauf zur Heranziehung auch von Arbeitgebern vertreten führen.

Die Kriegszorgorganisationen für den Arbeitsnachweis bleiben bestehen. Mitteilung über Regelung der Erwerbslosenfürsorge folgt.

Die Kriegsamtsstellen und Nebenstellen, insbesondere Frauenreferate, Kriegswirtschaftsämter und -stellen, sowie die A- und S-Räte stehen den Demobilisationskommissaren und -ausschüssen mit Rat und Tat zur Seite und haben wirtschaftlichen Anordnungen der Demobilisationskommissare zu folgen. Es ist enge Fühlung beiderseits herzustellen.

Die Organe der Kohlenwirtschaft bleiben vorläufig unverändert.

Die Ernährungswirtschaft ist lediglich nach geltenden Zuständigkeiten und Vorschriften zu regeln.

In Eisenbahn-, Klein- und Straßenbahnbetrieben sind keine Eingriffe zu machen.

Die A- u. S-Räte sind gebeten, sich in wirtschaftlichen Demobilisationsfällen an die Demobilisationskommissare und -ausschüsse zu halten und nicht selbst einzugreifen, sondern Einvernehmen mit ihnen zu prägen. Die Demobilisationskommissare sind von mir zu allen nötigen Anordnungen ermächtigt.

## Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt)

In Lübeck ist das neu errichtete Arbeitsamt mit den Geschäften des Demobilisationsamtes angeschlossen betraut worden.

## Ausführungsbestimmungen

### Biersteuergesetz vom 30. Oktober 1918.

Auf Grund des § 1 des Biersteuergesetzes vom 30. Oktober 1918 bestimmt die Steuerbehörde zur Ausführung des Gesetzes was folgt:

§ 1. Die in dem Gesetz und den Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Bestimmungen und Maßweise sind als verbindlich abzugeben anzusehen.

§ 2. Der Bier zum Verkauf im Inlande einzuführen, hat vor Beginn des Verkaufs die einschlägigen Biermengen und nach beendetem Verkauf die nach in unangebrochenen Maßgefäßen vorhandenen Biermengen dem Steueramt anzuzeigen. (Muster 1). Der Unterschied ist, wenn nicht sofortige Versteuerung erfolgt, zu dem in § 6 des Gesetzes angegebenen Zeitpunkt zu versteuern.

§ 3. Zur Befreiung von der Entrichtung der Steuer für durchgeführtes Bier ist dem Steueramt spätestens binnen 3 Tagen nach der Steuerbefreiung eine Bescheinigung einzureichen, die den Tag der Ankunft und des Abgangs, die Beförderungsart, die Bezeichnung und das Gewicht oder die Menge des Bieres, sowie den Herkunftsort und Bestimmungsort nachweist. (Muster 2). Die aus dem Stadtgebiet in den Brauereibetrieb zurückgenommenen Biermengen sind bei der nächsten Anmeldung steuerpflichtigen Bieres abzugeben, während die in den Brauereibetrieb zurückgenommenen Biermengen, für die eine Rückvergütung wegen Ausfuhr erfolgt ist, bei der nächsten Anmeldung ausgeführten Bieres (§ 10 des Gesetzes) abzugeben sind.

§ 4. Die Flaschen müssen gleichartig sein, d. h. eine Brauerei darf nicht verschiedenartige Flaschen benutzen. Dem Steueramt ist die Größe der Flaschen bekannt zu geben.

(Zu § 8 des Gesetzes). Zu den in doppelter Ausfertigung einzureichenden Anmeldebüchern steuerpflichtigen Bieres sind Vorbrüche nach Muster 3 zu benutzen.

§ 6. (Zu § 9 des Gesetzes). Das von den hiesigen Empfängern auswärts gebrachten Bieres zu führende Lagerbuch ist nach Muster 4 einzurichten. Zur Führung des Lagerbuches sind nicht verpflichtet Bierempfänger, die vereinzelt Bier in kleinen Mengen zum eigenen Gebrauch oder zum Verkauf im Kleinhandel von auswärts beziehen (Wirte, Kleinhändler). Als Lagerbuch der Brauer gilt das von ihnen zu führende Reichsbiersteuerbuch.

§ 7. (Zu § 10 des Gesetzes). Für die Anmeldung der Rückvergütung der Steuer für wieder ausgeführtes Bier sind Vorbrüche nach Muster 5 zu verwenden. Die Angaben müssen mit denen des Lagerbuches übereinstimmen.

§ 8. (Zu § 11 des Gesetzes). Die Steuerpflichtigen, mit denen auf Antrag zur Erleichterung des Verkehrs besondere Vereinbarungen getroffen werden, sind von der jedesmaligen Anmeldung steuerpflichtigen Bieres befreit. Sie haben bis spätestens zum 7. jedes Monats eine summarische Aufzählung des im vergangenen Monat steuerpflichtig gewordenen Bieres in doppelter Ausfertigung einzureichen unter gleichzeitiger Erklärung des Vertriebs. Die eine Ausfertigung wird quittiert zurückgegeben, die andere bleibt als Beleg bei der Steuerbehörde. Die Genehmigung der Steuerbehörde ist nach Muster 6 zu erteilen. Die Anmeldung wieder ausgeführten Bieres hat nach Muster 5 ebenfalls monatlich zu geschehen. (§ 7 Ausf.-Best.)

§ 9. Die Eisenbahnverwaltung und das Hauptzollamt werden wöchentlich dem Steueramt die Mengen des im freien Verkehr und unter Zollverschluss eingeführten Bieres nach Muster 7 ausgeben. Die Schiffsführer haben das mit Schiffen eingeführte Bier nach gleichem Muster anzumelden. Diese Anmeldung ist dem Hafenamt zur Weiterbeförderung an das Steueramt einzureichen. (§ 6 der Hafen- und Reviervorschriften vom 17. August 1904.) Lübeck, den 16. November 1918. (5745)

## Die Steuerbehörde.

\*) Die Muster sind nicht mit abgedruckt. Vorbrüche, mit Ausnahme derjenigen für das Lagerbuch, sind im Steueramt kostenlos zu haben.

Der dritte Teilbetrag der Einkommensteuer und der zweite Teilbetrag der Kirchensteuer für das Jahr 1918/19 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gerward, die Landbezirke und Fremden sind, in der Zeit vom 12. bis 21. November d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Verletzung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt, einen Landbezirk oder in eines der eingemeindeten Gebiete oder umgekehrt hat eine Veränderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 11. November 1918. (5746)

## Die Steuerbehörde.

## Brennstoffkarte M.

(Siehe Verordnung über die Brennstoffversorgung von Kleingewerbe, Landwirtschaft und Haushalten, Gesetz- und Verordnungsblatt.)

Die Brennstoffkarte L verliert ihre Gültigkeit mit dem Ablauf des 25. November 1918.

Die Abgeber von Brennstoffen (Händler, Verbrauchsgenossenschaften und sonstige Bezugsanstalten) haben die ihnen dann noch vorliegenden Brennstoffkarten L anzuhalten und der Ortlichkeitsteile einzureichen.

Am 27. November 1918 wird die Brennstoffkarte M verwendbar. Auf diese Karte hat nur Anspruch, wer weniger als 5 Zentner Brennstoffe (Steinohle, Anthrazit, Steinkohlenscheitels, Pfeilstämme, Braunkohlenscheitels und Koks) im Besitz hat.

Lübeck, den 16. November 1918. (5758)

## Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung.

In der fünften Reichslosen Woche vom 18. bis zum 24. November werden als Esch für die ausfallende Fleischmenge

### 250 Gramm Mehl auf die Fleischkarte

verabfolgt. Dementsprechend können auf jede Fleischkarte dieser Woche, die den Aufdruck „1/20 Liter“ trägt, bei den zum Handel mit Mehl zugelassenen Händlern 25 Gramm Mehl entnommen werden.

Die Händler haben die von ihnen eingenommenen Abschnitte auf Klebbogen aufzulegen, der Geschäftsstelle des Polizeiamts Breite Straße 29 spätestens am 26. November 1918 mit einer besonderen Mehlverbrauchsangabe einzureichen. Auf die nach dem 26. November 1918 eingereichten Abschnitte wird ihnen kein Mehl mehr vergütet.

Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen, insbesondere die unerlaubte Abgabe von Mehl werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen geahndet.

Lübeck, den 16. November 1918. (5742)

## Das Polizeiamt.

## Lübecker Strassenbahn.

In dem in letzter Nummer veröffentlichten Fahrplan sind noch folgende Änderungen anzubringen:

Linie 9. Markt—Moislinger Baum.  
Ab Markt: W 525, 64, 701, 721, 74, 801 und weiter alle 20 Minuten bis 821.

Linie 11. Kohlmarkt—Hansastrasse.  
Ab Bahnhof: 715, 725, 735, 745 und weiter alle 10 Minuten bis 905.

Die Kriegsjahresblätter und Zähler für Deutsche Kriegsgesessene vom roten Kreuz.  
Lübeck, Brene Straße 27.  
ist nur vormittags von 11 bis 12 Uhr geöffnet. (5751)

Weißkohl, feste Köpfe, Sellerie, Porree, Steckrüben und Rosenkohl sind abzugeben.

Bütow, Reinfeld.  
Fahmer Straße 11. (5756)

## Fort mit jeder minderwertigen Schuhkrem!

Hersteller: Carl Gentner, Göppingen.

## Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Soldaten- und Arbeiterrates wird beschlossen:

Der am Mittwoch dem 20. November festgesetzte Ruh- und Feiertag wird als solcher hierdurch aufgehoben. Dagegen wird der Mittwoch als Feiertag im Sinne der üblichen Sonntage betrachtet und sind alle Vergnügungen, Theater, Konzerte pp. gestattet.

Lübeck, den 18. November 1918. (5777)

Das Polizeiamt. Der Soldaten- u. Arbeiterrat.

## Bekanntmachung.

Nach einer Mitteilung des Kreisamtes Berlin fällt die Bautenprüfung durch die militärische Bautenprüfstelle fort. Die Prüfung und Genehmigung sämtlicher Bauanträge wird daher wieder lediglich durch das Polizeiamt (Hauptpolizeiabteilung) vorgenommen. Einzelheiten über die Zulassung von Bauausführungen werden noch bekannt gegeben werden. Alle Bauausführungen, die sich auf die Herstellung von Wohnräumen, ausgenommen Luxuswohnungen, oder die Herstellung von Gebäuden und Gebäudeteilen beziehen, die für die Ernährung und das sonstige wirtschaftliche Leben von Bedeutung sind, werden schon jetzt, sofern sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, genehmigt werden.

Zum Ausbau von Wohnungen in vorhandenen Gebäuden gemährt in geeigneten Fällen die Behörde für Wohnungspflege Beihilfen.

Lübeck, den 18. November 1918. (5774)

## Das Polizeiamt.

## Lübecker Badeanstalt.

Die Anstalt ist wegen Betriebsförderung am Montag und Dienstag geschlossen.

Lübeck, den 18. November 1918. (5772)

Die Finanzbehörde, Abteilung für Häuser und Plätze.

## Am Dienstag, dem 19., und Freitag, dem 22. November

wird in den Schlachtereien L. Glipp, Kronsförder Allee, und A. Rohlf, Gr. Burgstraße

## D.-D.-Fleisch

verkauft (markenfrei). Die Betriebsbehörde, Abt. Schlachthof. (5747)

## Aufruf an alle Arbeitgeber in Stadt und Land des Kreises Herzogtum Lauenburg.

Unsere Feldgrauen, die mehr als 50 Monate draußen für uns gekämpft haben, kehren in die Heimat zurück. Um sich und ihre Familien und Angehörigen ernähren zu können, bedürfen sie der Arbeit. Alle Ausländer, welche an ihrer Stelle gearbeitet haben, gehen in die Heimatländer zurück; daher ergeht an alle Arbeitgeber in Stadt und Land die dringende Aufforderung, alle Arbeitsmöglichkeiten vorübergehende und dauernde, unverzüglich beim Hauptarbeitsnachweis Amt 111, Marktstraße 7, Fernsprecher Nr. 51, unter genauer Angabe der Wünsche und Lohnverhältnisse zu melden.

Der Hauptarbeitsnachweis ist täglich außer Sonntags von 8-12 und 3-6 Uhr geöffnet. Telefonische Meldungen werden von morgens 7 bis abends 9 Uhr entgegengenommen.

Mölln, den 16. November 1918. (5764)

## Der Bürgermeister. Der Soldaten- und Arbeiterrat.

Oetken. Barth. Wagner.

## Landesvorstand.

Gutin, den 31. Oktober 1918.

Für die Zeit vom 1. November 1918 bis zum 31. Januar 1919 sind 3 fleischlose Wochen festgesetzt und zwar vom 18. bis 22. November 1918, 16. bis 20. Dezember 1918 und 6. bis 12. Januar 1919.

(5744) Maßstedt.

## Tabak-Pfeifen-Raucher!

Wohl oder übel werden wir nach längere Zeit mit einer Tabakknappheit rechnen müssen u. sind weiterhin auf d. Verbrauch von Vermittlungen od. Ersatzstoffen angewiesen. Wollen Sie sich daher das Rauchen auch solchen Materials angenehm und wohlgeschmeckend machen, so benutzen Sie bitte als Beihilfung und Berechtigung meine bestbew. „Tabak-Blume“, welche aus d. billigsten Tabak köstliches Aroma verleiht und zum Genuß jedes Pfeifenrauchers und seiner Umgebung wird. Die Nachpresse schreibt: Demjenigen, der sie erst einmal erprobt, wird sie bald unentbehrlich werden um. „Tabak-Blume“ ist kein Ersatz, sondern ein genußreichstes u. auf geschultes Originalprodukt! „Tabak-Blume“ ist in fast allen einschlägigen Geschäften erhältlich, wo nicht, schreiben Sie bitte mir, ich sende Ihnen gegen Mk. 3.30 Nachnahme eine ausreichende Probe dieses „Raucher-Glücks“ franco zu und bin überzeugt, daß auch Sie mit „Tabak-Blume“ zufrieden sind. W. G. Gerhardt, Magdeburg I 207. (5748)

Zentral-Vertrieb für Deutschland in „Tabak-Blume“. Händlern entspr. Rabatt. Vertreter gesucht!

## Dr. Gentner's Delwachlederputz

## Nigrin

kein Leerprodukt, keine Wassercreme, stets gleichmäßige, reine Delwachware, erhält das Leder dauerhaft, gibt schönsten, auch bei Regen und Schnee halbbaren Hochglanz.

Hersteller: Carl Gentner, Göppingen.